



<http://www.laender-analysen.de/russland/>

REGIONALWAHLEN IN RUSSLAND

■ KOMMENTAR	
»Langweilig, vorhersehbar und inhaltsleer« Hans-Henning Schröder, Bremen	2
■ DOKUMENTATION	
Unabhängige Wahlbeobachtung bei den Regional- und Kommunalwahlen in Russland	3
Nationaler Wahltag Zur Vorbereitung der Regional- und Kommunalwahlen in Russland am 13. September 2015. Zusammengestellt aus den Berichten der Bewegung »Golos«	4
Erklärung zu den Ergebnissen der gesellschaftlichen Wahlbeobachtung vom 13. September 2014 Bewegung zum Schutz der Wählerrechte »Golos«	7
■ DOKUMENTATION	
Ergebnisse der Regionalwahlen vom 13. September 2015	10
■ AUS RUSSISCHEN BLOGS	
Opposition bei den Regionalwahlen 2015: Generalprobe für die Parlamentswahlen 2016	17
■ UMFRAGE	
Russland im August Der Präsident und die Wirtschaftslage in Umfragen	20
■ NOTIZEN AUS MOSKAU	
Denkmäler, vaterländische Legenden und Gedenken an die Opfer politischer Repression – zwei Schritte zurück, ein halber nach vorn Jens Siegert, Moskau	24
■ UMFRAGE	
Geschichtspolitik – Denkmäler für Derschinskij und Fürst Wladimir	27
■ CHRONIK	
11. – 24. September 2015	30
■ LESEHINWEIS	
dekoder: Neues unabhängiges Medien- und Kompetenzportal zum Thema Russland	34

»Langweilig, vorhersehbar und inhaltsleer«

Hans-Henning Schröder, Bremen

Der 13. September 2015 war der letzte Wahltag vor dem Ende der Legislaturperiode und den Dumawahlen im September 2016. In 21 Föderationssubjekten (»Bundesländern«) gab es Wahlen für die regionalen Spitzenämter (Gouverneur, Oberhaupt, Präsident). In allen Fällen setzten sich die Kandidaten der Partei »Einiges Russland« durch, nur in Irkutsk blieb der Bewerber der Regierungspartei unter der 50%-Marke und musste in die Stichwahl. Auch in den Wahlen zu den Regional- und Kommunalparlamenten erreichte »Einiges Russland« durchweg deutliche Mehrheiten. Vertreter der »systemischen Opposition« (Shirinowskij LDPR, Sjuganows KPRF und Mironows »Gerechtes Russland«) schnitten deutlich schlechter ab, gelangten aber immerhin in die Parlamente, während die »nichtsystemische Opposition« – darunter auch die liberalen und demokratischen Parteien – in der Regel an der Fünfprozenthürde scheiterte. Im Vorfeld war sie massiv behindert worden. Meist hatten die Wahlbehörden bereits ihre Versuche, sich als Kandidaten registrieren zu lassen, aus formalen Gründen scheitern lassen. Kurz, in allen Regionen war die Situation »unter Kontrolle« und so wurde auch ein erwartbares Ergebnis erzielt. Dass die Wahlbeteiligung in Tatarstan und Kemerowo bei 84 % bzw. 92 % lag und der Stimmenanteil der Kandidaten von »Einiges Russland« bei 94 % und 96 % – ein Schelm, wer Böses dabei denkt.

Der Leitartikel der »Nesawisimaja Gaset« vom 15. September bezeichnete die Wahlen 2015 als »langweilig, vorhersehbar und inhaltsleer« (http://www.ng.ru/editorial/2015-09-15/2_red.html). In der Tat demonstrierten die Wahlen vor allem, dass die »Machtvertikale« funktioniert und der zentrale Apparat die Fähigkeit hat, bis in die Regionen und Kommunen hinein Kontrolle auszuüben. Das ist nichts Neues. Russland ist eine »elektorale Autokratie« – ein autoritäres System, das sich über Wahlen legitimiert, und das in der Lage ist, zu den gewünschten Wahlergebnissen zu kommen. Bei den Regionalwahlen 2013 hatte die Putin-Administration noch relativ große Spielräume gewährt. In Moskau erhielt Alexej Nawalnyj bei den Bürgermeisterwahlen dann 27,24 % der abgegebenen Stimmen, und in Petropawlowsk und Jekaterinburg wurden Oppositionskandidaten zu Bürgermeistern gewählt. 2014 und 2015 aber war es mit dieser Liberalität vorbei. Die Administration kontrolliert den politischen Prozess und erstickt Versuche, kritisches Potential politisch zu organisieren, bereits im Vorfeld.

Sie tut dies, obwohl die Situation im Lande stabil zu sein scheint. Das Protestpotential ist verschwindend

gering, eine erdrückende Bevölkerungsmehrheit vertraut Präsident Putin, dem auch der Verdienst an positiven Entwicklungen zugeschrieben wird. Allerdings zeichnet sich in den Umfragen ab, dass die Stimmung umzuschlagen droht. Anders als 2014 geben 2015 44 % der Befragten Putin die Schuld an der Verschlechterung der sozialen Lage. Bei der Frage, wessen Interessen das Regime vertritt, nimmt der Prozentsatz derjenigen zu, die die »silowiki« (Geheimdienstler und Militärs), Oligarchen und hohe Bürokraten als Nutznießer des Systems sehen.

Die Bevölkerung ist beunruhigt durch die negativen Wirtschaftsaussichten, die steigenden Preise, die sinkenden Reallöhne und die nach wie vor grassierende Korruption. Damit beginnt auch Putins hohe Akzeptanz in der Bevölkerung Schaden zu nehmen. Das Regime ist nicht unmittelbar gefährdet, doch könnten im Laufe des nächsten Jahres Kritik und Protest zunehmen, wenn sich die soziale Situation nicht bessert. Da im nächsten September Dumawahlen anstehen, bei denen die Bevölkerung einer möglichen Missstimmung an der Wahlurne Luft machen könnte, bemüht sich die Putin-Administration, die politischen Prozesse im Zentrum und in den Regionen unter Kontrolle zu halten. Ereignisse wie die Moskauer Massendemonstrationen nach den Fälschungen bei den Dumawahlen 2011 wird man nicht wieder zulassen. Die Instrumente, um jegliche Form politischer Opposition bereits im Vorfeld zu ersticken, hat man bei den Regionalwahlen 2015 noch einmal erfolgreich erproben können. Insofern wird die Putin-Administration dem September 2016 gelassen entgegenblicken.

Allerdings wirft der Termin der vorgezogenen Dumawahlen schon jetzt erste Schatten voraus. Wenn im September 2016 Parlamentswahlen stattfinden, dann müssen Kandidaten im Herbst und Winter 2015 ausgewählt, Programme und Kampagnenpläne Anfang 2016 vorbereitet werden. Es ist nicht klar, ob die Regierung unter Ministerpräsident Dmitrij Medwedew nach dieser Wahl weiter amtieren wird. Bei einer verschlechterten Wirtschaftslage wären Medwedew und seine Minister geeignete Sündenböcke. Mögliche Nachfolger müssten sich jetzt schon in eine Startposition manövrieren. In dieser Situation neigen Publizisten und Kommentatoren dazu, alle Vorgänge in Zusammenhang mit möglichen Verschiebungen innerhalb der Machtelite zu interpretieren. Der Rücktritt Wladimir Jakunins, des Vorstandsvorsitzenden der Russischen Eisenbahnen, eines mächtigen Unternehmers, der als enger Vertrauter Putins gilt und für seine rechtskonservativen Ansichten bekannt ist,

wurde mit Überraschung zur Kenntnis genommen. Dass sich seine Pläne, eine Führungsposition im Föderationsrat zu übernehmen, rasch zerschlugen, führte zu Spekulationen über die Gründe seiner Entmachtung. Hinzu kommt die Korruptionsaffäre in der Republik Komi: Dort ging das Strafermittlungskomitee gegen die Angehörigen einer »kriminellen Vereinigung« vor, die angeblich seit vielen Jahren im großen Maßstab Haushaltsmittel umgeleitet und ins Ausland verschoben hatten. Als Haupttäter wurde Wjatscheslaw Gajser ausgemacht, das Oberhaupt der Region (in etwa »Ministerpräsident«). Die Tatsache, dass es Gajser traf, der bisher als ausgesprochen erfolgreich galt und in Rankings regionaler Führungspolitiker stets in der Spitzengruppe rangierte,

wurde als weiteres Signal wahrgenommen, dass in der Machelite »irgendetwas vor sich geht«.

Solche Reaktionen signalisieren Unsicherheit. Und in einer Phase, in der die Putin-Administration sich möglicherweise neu ordnet und von der Sorge geplagt wird, dass die Unzufriedenheit im Lande zunehmen und in Protest übergehen könnte, sind freie, gleiche, geheime, unmittelbare und allgemeine Wahlen nicht gerade das, was die Führung benötigt. Allerdings hat der Ablauf der Regionalwahlen gezeigt, dass man den Wahlprozess beherrscht, und dass man wohl nicht zu befürchten braucht, es könnte plötzlich echte Demokratie ausbrechen.

Über den Autor

Prof. Dr. Hans-Henning Schröder lehrte am Osteuropa-Institut der FU Berlin Regionale Politikanalyse mit Schwerpunkt Osteuropa. Er ist der Herausgeber der Russland-Analysen, die er 2003 gemeinsam mit Heiko Pleines gegründet hat.

DOKUMENTATION



Unabhängige Wahlbeobachtung bei den Regional- und Kommunalwahlen in Russland

Berichte der Bewegung »Golos« zum allgemeinen Wahltag am 13. September 2013

Ungeachtet aller Widrigkeiten hat die Bewegung zum Schutz der Wählerrechte »Golos« auch 2015 die Regionalwahlen beobachtet und eine Reihe von Berichten dazu verfasst, die die Russland-Analysen im Auszug dokumentieren. Die Berichte wurden von der Interregionalen gesellschaftlichen Stiftung zur Entwicklung der Zivilgesellschaft »Golos-Ural« veröffentlicht, die sich aufgrund der durch die russischen Behörden erzwungenen Aufnahme in das entsprechende Register als »ausländischer Agent« bezeichnen muss (s. <<http://www.epde.org/en/newsreader/items/golos-and-epde-protest-against-continuing-persecution-of-civic-election-observers-in-the-run-up-of-local-elections-2015.html>>). »Golos« ist Mitglied der »Europäischen Plattform für demokratische Wahlen«, auf deren Website <www.epde.org> die vollständigen Wahlbeobachtungsberichte in Englisch und Russisch zu finden sind.

Das Programm zur Langzeitwahlbeobachtung von »Golos-Ural« und »Golos« umfasste im Jahr 2015 ein stichprobenartiges Monitoring der Regional- und Kommunalwahlen hinsichtlich der Einhaltung der Prinzipien und Standards für freie demokratische Wahlen. Im einzelnen war Golos in folgenden Regionen tätig: Irkutsk, Iwanowo, Kaliningrad, Kaluga, Kostroma, Kurgan, dem Leningrader Gebiet, den Gebieten Lipezk, Nishnij Nowgorod, Nowosibirsk, Orjol, Rjasan, Rostow, Samara, Tomsk, Tscheljabinsk, Wladimir, Woronesh, der Region Krasnodar, den Republiken Marij El und Tatarstan (insgesamt 10 von 21 Gouverneurswahlen, 8 von 11 regionalen Parlamentswahlen, 14 von 25 Parlamentswahlen in regionalen Hauptstädten, einschließlich Samara und Machatschkala).

Golos hat in diesen 21 Regionen eine Langzeitbeobachtung durchgeführt und darüber hinaus Informationen aus anderen Regionen ausgewertet, die über das Internetportal »Landkarte der Verstöße« (<www.kartanaruscheniy.org>) eingegangen sind.

Nationaler Wahltag

Zur Vorbereitung der Regional- und Kommunalwahlen in Russland am 13. September 2015.

Zusammengestellt aus den Berichten der Bewegung »Golos«

Zusammenfassung

Der vorliegende Text stellt Auszüge aus den Berichten der Wahlbeobachtungsorganisation »Golos« zusammen. Der Text gibt Einschätzungen der rechtlichen Grundlagen zur Durchführung von Regional- und Kommunalwahlen, der Arbeit der Wahlbehörden während der Vorbereitung der Wahlen und der Registrierung der Kandidaten. Des Weiteren wird über den Verlauf des Wahlkampfes und die Bedingungen gesellschaftlicher Wahlbeobachtung berichtet. Hinzu kommen einige Anmerkungen zur Wahlkampffinanzierung.

Wahlrecht

Erstmals seit vielen Jahren gab es im Vorfeld der Regional- und Kommunalwahlen 2015 keine wesentlichen Änderungen der föderalen Wahlgesetzgebung. Das Hauptfeld für Manipulationen mit Hilfe wahlrechtlicher Bestimmungen hat sich auf die regionale und die lokale Ebene verlagert. In nahezu der Hälfte der Regionen ist die endgültige Fassung des Wahlrechts weniger als einen Monat vor Beginn des Wahlprozesses verabschiedet worden. Bedeutsam waren die Änderungen in der Wahlgesetzgebung hinsichtlich der Bildung der regionalen Parlamente: So wurden u. a. gemischte Wahlsysteme eingeführt, die Anzahl der Direktwahlkreise reduziert, die Anzahl der Abgeordneten geändert oder aber die Direktwahl des Bürgermeisters abgeschafft (beispielsweise in Orjol, Lipezk, Woronesh, Nowosibirsk und Krasnodar).

Für heftige Kontroversen sorgte die Abschaffung der Direktwahl der Bürgermeister, Stadtoberhäupter und Leiter der Kommunalverwaltung, von der die meisten Regionen des Landes betroffen waren. Somit werden bei den diesjährigen Kommunalwahlen in den regionalen Hauptstädten erstmals nur die Abgeordneten des Stadtrates gewählt.

In einigen Regionen (Rjasan und Kurgan) wurde die Möglichkeit der vorfristigen Stimmabgabe anstelle einer Abstimmung mit Hilfe eines Wahlscheins eingeführt. In Tscheljabinsk und Nowosibirsk wurde der Zeitraum zur Nominierung der Kandidaten drastisch verkürzt (auf 24 bzw. 10 Tage). Die wieder eingeführte Möglichkeit »Gegen alle« zu stimmen, die Ende 2013 als positive Antwort der Regierung auf lokale Initiativen im ganzen Land und als Umsetzung des Wählerwillens dargestellt worden war, ist völlig den regionalen Behörden überlassen worden und bestand bei den Kommunalwahlen 2015 letztlich nur in sechs Regionen: in den Republiken Sacha (Jakutien) und Karelien sowie in den Gebieten Belgorod, Kaluga, Twer und Wologda.

Eine weitere Einschränkung bei der Wahrnehmung politischer Rechte bestand in der Einführung von strengeren Vorschriften zur Durchführung von öffentlichen Veranstaltungen, die im Vorfeld der Wahlen in einer Reihe von Regionen erfolgte. In der Konsequenz wurden zum Beispiel in den Gebieten Wladimir, Kostroma und Kaluga während des Wahlkampfes öffentliche Veranstaltungen der Oppositionsparteien erheblich behindert.

Die oben genannten Veränderungen bei der Durchführung der Wahlen demonstrieren eine manipulative politische Herangehensweise. Sie zielen darauf ab, eine größtmögliche Kontrolle über die Wahlen und deren Ausgang zu sicherzustellen.

Wahlbehörden

Im Vorfeld der Wahlen hat die Zusammensetzung der kommunalen und territorialen Wahlkommissionen erhebliche Veränderungen erfahren. Die bedeutendsten Veränderungen auf der Leitungsebene regionaler Wahlkommissionen gab es in den Gebieten Archangelsk und Kurgan sowie in der Republik Sacha (Jakutien). Diese Veränderungen an der Spitze der Kommissionen sind vor allem auf Verschiebungen in der Exekutive nach einem Wechsel der regionalen Führungsspitze zurückzuführen und lassen somit an der Unabhängigkeit der regionalen Wahlkommissionen von der amtierenden Regionalregierung zweifeln.

Die Arbeit einer ganzen Reihe von Wahlkommissionen, die für die Organisation der Regional- und Kommunalwahlen zuständig waren, weist ernsthafte Mängel hinsichtlich ihrer Transparenz und der Gewährleistung einer korrekten Nominierung von Kandidaten und Parteilisten auf.

Wahlkommissionen auf allen Ebenen sowie die regionalen und kommunalen Behörden unterteilten politische Parteien klar in Organisationen »erster Klasse« (im Parlament vertretene und regierungsfreundliche Parteien) und »zwei-

ter Klasse« (die sogenannte außersystemische Opposition). In manchen Regionen schufen die Wahlkommissionen für einige Kandidaten gezielt Hindernisse bei der Vorbereitung der Registrierungsunterlagen, um dadurch ungleiche Startbedingungen zu schaffen. Auf der Ebene der territorialen und lokalen Wahlkommissionen hatten Kandidaten, Parteien und Wahlbeobachter Schwierigkeiten, die richtigen benötigten Registrierungsformulare und -dokumente zu finden. In einigen Fällen stießen sie sogar auf den Unwillen der Wahlkommissionen, den Kandidaten oder Parteien diese Unterlagen zur Verfügung zu stellen.

Es herrscht eine offensichtliche Ungleichbehandlung von Kandidaten, die von politischen Parteien aufgestellt wurden und jenen, die sich selbständig nominiert hatten. Letztere erhalten, anders als Kandidaten von Parteien, in der Regel keine Einweisung oder Unterstützung bei der Zusammenstellung der notwendigen Unterlagen.

Wahlbeobachtung

Golos verweist mit Nachdruck auf die mangelnde Möglichkeit, die anstehenden Wahlen im Auftrag gesellschaftlicher Organisationen zu beobachten. Neue Gesetzesbestimmungen, eingeführt am 24. November 2014, sehen vor, dass zusätzlich zu Bürgern ausländischer Staaten, Personen ohne Staatsangehörigkeit und ausländischen Organisationen nun auch internationale Organisationen, internationale gesellschaftliche Bewegungen und nichtkommerzielle Organisationen, die als »ausländische Agenten tätig sind« und als solche registriert wurden, »nicht berechtigt [sind], Handlungen zu unternehmen, die die Nominierung eines Kandidaten oder einer Kandidatenliste, die Wahl eines registrierten Kandidaten, die Initiative für ein Referendum oder dessen Durchführung oder das Erzielen eines bestimmten Wahlergebnisses oder Ausgangs eines Referendums, oder sich in anderer Form an einer Wahl- oder Referendumskampagne zu beteiligen« (§ 3 Abs. 6 des Föderalen Gesetzes »Über die grundlegenden Wählerrechte und das Recht zur Teilnahme an einem Referendum für Bürger der Russischen Föderation« i. d. Fassung vom 24.11. 2014).

Bei den jetzt beobachteten Wahlen war eine Wahlbeobachtung durch gesellschaftliche Organisationen nur durch das regionale Wahlgesetz des Gebietes Kostroma sowie bei Kommunalwahlen im Gebiet Lipezk erlaubt.

Im Vorfeld der Wahlen sind in verschiedenen Regionen verstärkter Druck und Einschüchterungsversuche gegen gesellschaftliche Wahlbeobachter zu beobachten gewesen. Am 7. Juli 2015 fanden in den Privatwohnungen von Grigorij Melkonjan, dem stellvertretenden Direktor von Golos, von Roman Udov, einem führenden Experten von Golos, sowie von Tatjana Trojnowa, der Direktorin der Interregionalen Stiftung Golos, Hausdurchsuchungen statt. Dabei wurden Unterlagen und Bürogeräte beschlagnahmt. Im weiteren Verlauf dieses Tages wurde auch das Moskauer Golos-Büro durchsucht. Die Hausdurchsuchungen wurden von der Regionalverwaltung Samara des russischen Innenministeriums geleitet und standen offiziell im Zusammenhang mit einer seit längerem betriebenen Verfolgung der Golos-Sektion in Samara. Im Februar 2015 war Ljudmila Kusmina, die Leiterin der Golos-Sektion in Samara, der Steuerhinterziehung beschuldigt worden. Die Steuerbehörden hatten behauptet, Kusmina schulde dem Staat Steuern in Höhe von 2 Millionen Rubel (rund 40.000 US-Dollar) auf ein Zuwendungen für die Arbeit von Golos zwischen 2010 und 2012.

Nominierung und Registrierung der Kandidaten

Beim Prozess der Kandidatennominierung für die Gouverneurswahlen gab es keine ernsten Schwierigkeiten. Die Kandidaten bei diesen Wahlen müssen sich die Unterstützung der kommunalen Abgeordneten sichern und dabei den sogenannten »kommunalen Filter« überwinden.¹ In keiner der Regionen hat auch nur einer der Kandidaten diese Hürde ohne das Wohlwollen des amtierenden Gouverneurs und der Partei »Einiges Russland« nehmen können. Darüber hinaus ist der reale Wettbewerb bei den Gouverneurswahlen derart schwach, dass die Amtsinhaber ihre Mitbewerber nicht ernstlich fürchten müssen.

Parteiinterne Vorwahlen, die sogenannten »Prämeris«, sind bei den Wahlen zu den regionalen Parlamenten mittlerweile Teil des Wahlprozesses, obwohl dieses Verfahren nicht durch die Wahlgesetzgebung vorgegeben oder reguliert wird.

Die Vorwahlen der Partei »Einiges Russland« wurden in einer Reihe von Regionen unter dem offensichtlichen Einsatz administrativer Ressourcen und öffentlicher Mittel durchgeführt. Darüber hinaus wurden diverse Unregelmäßigkeiten registriert. So wurden zum Beispiel kommunale und staatliche Angestellte zur Stimmabgabe genötigt (insbesondere in den Regionen Krasnodar, Wladimir, Iwanowo, Samara und Nowosibirsk), es wurde Druck auf die Wahlmänner

¹ Jeder Bewerber auf das höchste Amt in einer Region ist gehalten, für seine Registrierung als Kandidat Unterschriften von einer Reihe von Abgeordneten des regionalen Parlaments beizubringen.

ausgeübt (im Gebiet Irkutsk), Personen gaben in mehreren Wahllokalen Stimmen ab (Gebiet Kostroma), es wurden »gruppenweise« Stimmen abgegeben, die »Wähler«-Beteiligung wurde »aufgebläht« (Gebiet Kostroma), es wurde bei den Verzeichnissen der Wahlmänner manipuliert (Gebiet Woronesh), Wahlmänner wurden rechtswidrig vorübergehend an einem (anderen) Wohnort angemeldet (Gebiet Irkutsk), es wurden Wahlmänner »herangekarrt« (Leningrader Gebiet und Gebiet Woronesh), »Wähler« wurden bestochen (Gebiete Woronesh, Kostroma und Nishnij Nowgorod), die offiziellen Ergebnisse wurden (auch auf den eigens dafür eingerichteten Internetseiten) nur mit erheblicher Verzögerung bekanntgegeben (Gebiet Iwanowo, Region Krasnodar), Ergebnisse wurden augenscheinlich gefälscht.

Für Parteien, die über kein »Parlamentsprivileg« verfügen (im Parlament vertretene Parteien, Parteien, die bei den letzten Wahlen zur Staatsduma mehr als drei Prozent errungen haben und Parteien, die mit mindestens einem Abgeordneten in einem Regionalparlament vertreten sind), stellt die Sammlung von Unterstützerunterschriften die wichtigste Etappe des Wahlprozesses dar. Schwierige rechtliche Vorgaben wie auch gelegentlicher böser Wille seitens der Wahlkommissionen sowie Widerstand durch die Regionalregierung und die Polizeibehörden haben die Unterschriftenkampagnen von »RPR-PARNAS«, der »Bürgerinitiative« und der »Demokratischen Koalition« erschwert (u. a. in Kostroma und Magadan).

Dadurch haben es »RPR-PARNAS« und die »Bürgerinitiative« nicht geschafft, bei Regional- und Kommunalwahlen ihre Kandidatenlisten registrieren zu lassen. Eine Ausnahme ist das Gebiet Kostroma, wo die Kandidatenliste von »RPR-PARNAS« mit Ilja Jaschin letztlich doch registriert wurde. Insgesamt ist die Anzahl der Parteien, die schließlich an den jetzigen Wahlen teilgenommen haben, im Vergleich zur Anzahl der Parteien, die Kandidaten aufgestellt haben, drastisch zurückgegangen. Dies gilt insbesondere für Parteien, die sich in Opposition zur derzeitigen Regierung befinden.

Wahlkampffinanzierung

Die von den Parteien und Kandidaten eingesetzten Finanzierungsmechanismen verhinderten, dass Wähler umfassenden Zugang zu Informationen darüber erhielten, wer hinter den Kulissen die Personen finanziell unterstützt, die um die Machtposten streiten. Zur Verschleierung der tatsächlichen Quellen nutzen Kandidaten eine Reihe von Methoden, indem sie bspw. zusätzliche Glieder in die Spender-Empfänger-Kette einbauen.

Diese Verschleierungsmechanismen erlauben es den Kandidaten mit administrativen Ressourcen, Haushaltsmittel und öffentliche Gelder für ihre Wahlkämpfe einzusetzen. In einigen Fällen haben Nichtregierungsorganisationen, die Mittel von föderalen und regionalen Behörden erhalten hatten, für die Wahlkämpfe von Kandidaten von »Einiges Russland« gespendet (z. B. in Samara und Kursk).

Darüber hinaus macht es die mangelnde Transparenz der Finanzen möglich, dass viele Kandidaten und Parteien Mittel aus dem Ausland erhalten, was eine Verletzung des Wahlrechts bedeutet. Angesichts des sich dieses Jahr fortsetzenden Trends dürfte sich nach dem 13. September die Anzahl der wiedergewählten Gouverneure, deren Wahlkampf durch ausländische Sponsoren finanziert wurde, tatsächlich erhöhen. Das System ausländischer Finanzierung funktioniert über russische Unternehmen, die Mittel an Wahlkampfbudgets spenden und die z. T. über mehrere Stufen – von Unternehmen besessen oder kontrolliert werden, die beispielsweise in Zypern oder den Britischen Jungferninseln registriert sind. Größte Nutznießer der Finanzierung aus dem Ausland sind Kandidaten von »Einiges Russland« sowie die Regierungspartei selbst.

Stiftungen, die politischen Parteien nahestehen, und die einen beträchtlichen Teil der finanziellen Ressourcen sammeln, sind nicht verpflichtet, den Wählern gegenüber Informationen über die tatsächlichen Spender offenzulegen. Spenden von Einzelpersonen dienen oft zur Verschleierung der eigentlichen Spender.

Wahlkampf

In der Wahlkampfphase sind massiv und weit verbreitet administrative Ressourcen eingesetzt worden. Diese werden nicht nur zugunsten einzelner Kandidaten und Parteien eingesetzt, sondern auch zur Gewährleistung einer hohen Wahlbeteiligung, und um Druck auf andere Akteure auszuüben.

Zu beobachten war, dass Amtsträger bei der Ausübung ihrer Geschäfte Wahlwerbung zugunsten einzelner Kandidaten und Parteien betrieben, dass »Kandidaten der Administration« – vorgeblich bei der Ausübung ihrer beruflichen Pflichten – zu Wahlkampfzwecken auftraten, dass Haushaltsmittel und andere öffentliche Ressourcen für offizielle

Veranstaltungen mit offensichtlichem Wahlkampfcharakter eingesetzt wurden, und dass auf »administrativ abhängige« Wähler Druck ausgeübt wurde.

Politisch motiviert und voreingenommen war das Vorgehen von Polizei- und Justizbehörden gegenüber bestimmten Kandidaten oder ganzen Wählervereinigungen (Parteimitglieder, Mitglieder von Wahlkampfstäben).

Mit Heranrücken des Wahltages häuften sich Zwischenfälle, bei denen rechtmäßige Wahlkampfaktivitäten bestimmter, in der Regel oppositioneller oder eine merkliche Konkurrenz für die amtierende Regierung darstellender Kandidaten und Parteien behindert wurden. In solchen Situationen hatten es die Polizeibehörden nicht nur nicht besonders eilig, sondern waren oft schlichtweg untätig, ungeachtet des Umstandes, dass es bei diesen Zwischenfällen oft zu Randalen oder sogar zu Bedrohungen für Leib und Leben von Wahlkämpfern und Mitgliedern der Wahlkampfstäbe kam.

Festzustellen waren auch Hindernisse für öffentliche Wahlkampfveranstaltungen, die bewusst von den Behörden oder in Abstimmung mit ihnen geschaffen wurden, wobei auch staatliche und kommunale Einrichtungen und Unternehmen mitwirkten.

Übersetzung: Hartmut Schröder

Erklärung zu den Ergebnissen der gesellschaftlichen Wahlbeobachtung vom 13. September 2014

Bewegung zum Schutz der Wählerrechte »Golos«

Moskau, 14. September

Am 13. September 2015 haben in Russland über 10.000 Wahlprozesse stattgefunden, darunter 21 Gouverneurswahlen, 11 regionale Parlamentswahlen und 25 Stadtratswahlen in regionalen Hauptstädten. Die Wahlen von 2015 sind die Generalprobe für das russische Wahlsystem hinsichtlich der Vorbereitung, Organisation und Durchführung des allgemeinen Wahltages, der 2016 ansteht und auch die landesweiten Wahlen zur Staatsduma der Russischen Föderation einschließen wird.

Vertreter von »Golos« haben in 26 Regionen ein gesellschaftliches Monitoring der Wahlverfahren, der Verfahren bei der Stimmauszählung und der Feststellung der Ergebnisse in den übergeordneten Wahlkommissionen durchgeführt, und zwar in den Gebieten Astrachan, Irkutsk, Iwanowo, Kaliningrad, Kaluga, Kirow, Kostroma, Kurgan, dem Leningrader Gebiet, dem Gebiet Lipetz, dem Moskauer Gebiet, den Gebieten Nishnij Nowgorod, Nowosibirsk, Orjol, Rjasan, Rostow, Samara, Tomsk, Tscheljabinsk, Twer, Wladimir und Woronesh, in den Republiken Baschkortostan, Marij El und Tatarstan sowie in der Region Krasnodar. Darüber hinaus erhielt Golos aus allen Regionen, in denen Wahlen stattfanden, über andere Kanäle Informationen, unter anderem über die Hotline 8 800 333–33–50, die »Landkarte der Verstöße« (<www.kartanarusheniy.org>) [siehe Seite 9] und Medienpartner.

Golos lässt sich in seiner Arbeit von den weltweit anerkannten Wahlbeobachtungsstandards leiten und achtet streng auf politische Neutralität als eine der Grundvoraussetzungen für eine unabhängige und objektive Wahlbeobachtung. Ungeachtet des Umstandes, dass sich über die Jahre die technischen Voraussetzungen verbessert haben (transparente Wahlurnen, Einsatz von Geräten zur Verarbeitung der Stimmzettel u. a.), wendet sich Golos in dieser Erklärung vor allem den *problematischen* Aspekten des Wahlprozesses zu, da Golos sich der Bedeutung bewusst ist, dass diese im Sinne einer Wahrung der Verfassungsordnung und der Zukunft des Landes aufgedeckt werden müssen.

Aufgrund der Ergebnisse des gesellschaftlichen Monitorings der Wahlen vom 13. September 2015 müssen wir feststellen, dass *die Institution der Wahlen in Russland durch den ungestraften Einsatz administrativer Instrumente diskreditiert ist*. Dies wirkt sich negativ auf den Ablauf des Wahlprozesses aus, verhindert freie und gleiche Wahlen, wodurch die Ergebnisse der Wahlen entstellt und letztendlich ihre Echtheit und Legitimität in Frage gestellt werden.

Bei den Wahlen des Jahres 2015 hat sich die Tendenz einer Akzentverschiebung beim Einsatz administrativer Instrumente vom Wahltag auf frühere Phasen des Wahlprozesses, die während der vergangenen zwei Jahren festzustellen war, weiter verfestigt. *Die Ergebnisse waren bei der Mehrzahl der Wahlen durch Entscheidungen und Aktivitäten der amtierenden Regierungen und der Wahlkommissionen, die die Wahlen in der Phase der Nominierung und Registrierung der Kandidaten und Parteien sowie während des Wahlkampfes unmittelbar organisieren, faktisch vorbestimmt*. In dieser

Situation und angesichts fehlenden politischen Wettbewerbs sind die Ergebnisse der jetzigen Wahlen im Voraus festgelegt, und es findet am Wahltag lediglich deren formale »Legitimierung« statt.

Die Wahlen 2015 haben deutlich gemacht, dass deren Organisatoren, die regionalen und kommunalen Behörden, geleitet von persönlichen, bisweilen eigennützigen Interessen, und dank der für sie »positiven« Erfahrung aus vorherigen Wahlen, bei denen »alles erlaubt« war, die Aufrufe der föderalen Regierung, keine Verstöße gegen die Wahlgesetze zuzulassen und einen »Wettbewerbscharakter der Wahlen mit nicht vorhersagbarem Ausgang« zu gewährleisten, praktisch ignorieren.

Die Möglichkeit der *vorfristigen Stimmabgabe* wurde praktisch in allen Regionen, in denen Wahlen stattfanden, so weit wie möglich dazu eingesetzt, die Wahlbeteiligung nach oben zu treiben und Stimmen für die regierungsfreundlichen Kandidaten sicherzustellen. Eine Bestätigung hierfür sind sowohl Berichte unserer Vertreter in den Regionen als auch Meldungen an die »Landkarte der Verstöße« und in den Medien.

Besonders hervorzuheben ist der hohe Anteil der vorfristigen Stimmabgaben in einer Reihe von Regionen: in der Region Primorje, dem Leningrader Gebiet (bei den Gouverneurswahlen betrug der Anteil 4,66 Prozent der Wahlberechtigten und 10,91 Prozent der abgegebenen Stimmen¹), im Gebiet Orjol (bei den Stadtratswahlen in Orjol: 4,22 Prozent der Wahlberechtigten und 12,98 Prozent der abgegebenen Stimmen) und im Gebiet Rjasan (Wahlen zur Gebietsduma: 1,93 Prozent der Wahlberechtigten und 5 Prozent der abgegebenen Stimmen). Zum Vergleich: Bei den Wahlen zur Stadtduma in Tomsk betrug der Anteil der vorfristigen Stimmabgabe 2,23 Prozent aller abgegebenen Stimmen (Stand vom Morgen des 14. September 2015, 6:20 Uhr).

Die Ergebnisse der Wahlbeobachtung vom 13. September zeigen einen fortgesetzten Einsatz rechtswidriger Instrumente am Wahltag selbst:

- Klare Verfälschung des Wählerwillens (direkte Wahlfälschung)
 - stapelweiser Einwurf zusätzlicher Stimmzettel;
 - »Karussell-Abstimmung« (mehrfache Stimmabgabe);
 - Fälschung von Wahlprotokollen;
- Verstöße, die die Feststellung des Wählerwillens beeinflussen können
 - Wählerbestechung;
 - Verletzung der Wählerrechte, Druck durch Vorgesetzte;
 - rechtswidrige Wahlwerbung;
 - Transferfahrten für Wähler zum Wahllokal;
 - Verletzung der Rechte von Wahlbeobachtern, Mitgliedern der Wahlkommissionen und Medienvertretern;
 - Verfahrensverstöße bei der Stimmauszählung.

Unter den am weitesten verbreiteten Verstößen am Wahltag selbst sind hervorzuheben: Beeinträchtigung der Rechte von Wahlbeobachtern, Mitgliedern der Wahlkommissionen und Medienvertretern (über die Hotline von Golos und auf der Landkarte der Verstöße sind hierzu 225 Meldungen eingegangen), Verstöße im Zusammenhang mit der vorfristigen Stimmabgabe, der Stimmabgabe mit Hilfe eines Wahlscheins und der Stimmabgabe außerhalb des Wahllokals (143 Meldungen), Nötigung von Wählern zur Stimmabgabe und Verletzung des Wahlheimnisses (96 Meldungen). Golos hat am Wahltag in seinen Veröffentlichungen, in Pressemitteilungen der regionalen Abteilungen und in regelmäßigen Video-Übertragungen aus dem Callcenter und dem Pressezentrum von verschiedenen Beispielen solcher Verstöße berichtet.

Wie zu erwarten, stieg im Laufe des Tages die Anzahl der gemeldeten Verstöße, die bei der Stimmauszählung registriert wurden, sowie der Fälle, in denen Wahlbeobachter aus »problematischen« Wahllokalen (bei denen beispielsweise der Verdacht bestand, dass zusätzliche Stimmzettel eingeworfen wurden oder bei der Stimmabgabe außerhalb des Wahllokals Manipulationen stattgefunden haben) entfernt wurden.²

1 Hier und im Weiteren nach den Daten des »Staatlichen automatisierten Systems ›Wybory« (dt.: »Wahlen«).

2 Vgl. auch die Meldungen auf der Karte der Verstöße <<http://www.kartanarusheniy.org/>>. Der »Landkarte« zufolge fanden die »brisantesten« Wahlen im Gebiet Kostroma statt, mit großem Abstand gefolgt vom Gebiet Samara, der Republik Tatarstan sowie den Gebieten Woronesh und Tscheljabinsk.

Verstöße bei der Stimmabgabe außerhalb der Wahllokale waren allorts festzustellen, am häufigsten in den Gebieten Kostroma und Tscheljabinsk, aber auch in der Region Krasnodar und der Republik Tatarstan sowie den Gebieten Iwanowo, Omsk, Orjol, Samara und in anderen Regionen. In vielen Fällen sind keine Register für die Stimmabgabe außerhalb des Wahllokals geführt worden. An ihrer Stelle wurden nicht formgerechte Listen erstellt. In vielen Fällen wurde Wahlbeobachtern das Recht auf Einsichtnahme verwehrt. Oft fehlten die entsprechenden Erklärungen der Wahlberechtigten. Dadurch ergab sich die Möglichkeit für Manipulationen bei den Stimmzetteln außerhalb des Wahllokals. Es sind Meldungen darüber eingegangen, dass Personen, die keinen entsprechenden Antrag bei der Wahlkommission eingereicht hatten, in mobile Wahlurnen ihren Stimmzettel eingeworfen haben, und über Fälle ganz direkten Einwurfs zusätzlicher Stimmzettel.

Zur Vertuschung dieser und anderer Verstöße griffen Vorsitzende von Wahlkommissionen der Stimmbezirke in einer ganzen Reihe von Fällen zu dem Mittel, Wahlbeobachter, Medienvertreter und sogar Mitglieder der Wahlkommission während der Stimmauszählung des Raumes zu verweisen. Aus Tatarstan und dem Gebiet Kostroma sind Meldungen eingegangen, die von Unterbrechungen der Stimmauszählung berichten, davon, dass Wahlbeobachter unter fadenscheinigem Vorwand entfernt wurden oder ihr Recht zur Kontrollierung des Verfahrens zur Stimmauszählung beschnitten wurde.

Darüber hinaus sind im Laufe des Wahltages Versuche von Stimmenkauf festgestellt worden (u. a. in Tatarstan, den Gebieten Irkutsk, Kaliningrad, dem Leningrader Gebiet, den Gebieten Nishnij Nowgorod, Orjol und Woronesh).

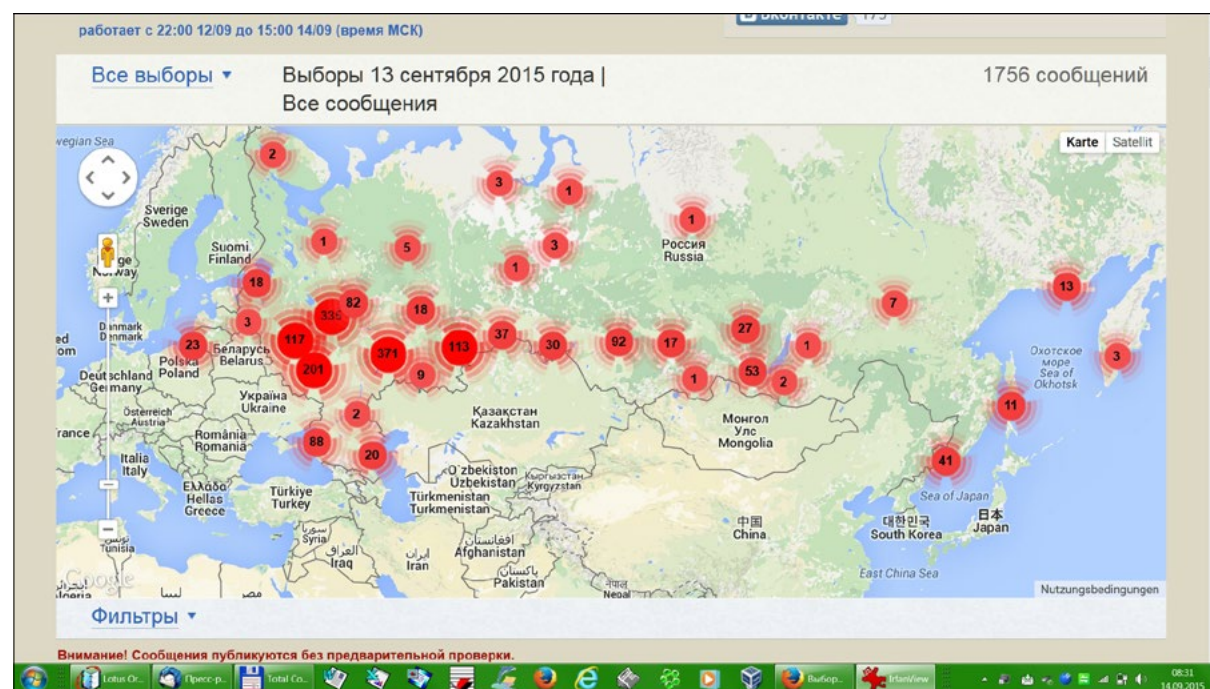
Eine massenhafte Stimmabgabe mit Hilfe von Wahlscheinen wurde in den Gebieten Irkutsk und Kostroma beobachtet. In Tatarstan und dem Gebiet Rjasan wurden Fälle festgestellt, bei denen die Administration Druck auf Wähler ausübte.

Aus den meisten Regionen sind Berichte über rechtswidrige Wahlwerbung eingegangen, besonders hervorzuheben sind hier die Gebiete Nishnij Nowgorod, Samara und Tscheljabinsk.

Alle diese Tendenzen haben sich im Laufe der vergangenen drei Jahre verstärkt, was unter anderem die Zunahme der Meldungen auf der Landkarte der Verstöße belegt.

Übersetzung: Hartmut Schröder

Grafik 1: »Landkarte der Verstöße«



Quelle: Screenshot von <http://www.kartanarusheniy.org/>

Ergebnisse der Regionalwahlen vom 13. September 2015

Angaben der Zentralen Wahlkommission der Russischen Föderation, 21 Uhr Moskauer Zeit, 14. September 2015

Tabelle 1: Wahlen der Oberhäupter der Regionen

	Region	Kandidaten auf den ersten drei Rängen (Parteizugehörigkeit)	Ergebnis (in %)	Wahlbeteiligung (in %)
1	Gebiet Amur	Koslow Alexander (ER)	50,64 %	33,52 %
		Abramow Iwan (LDPR)	28,30 %	
		Kobysow Roman (KPRF)	14,87 %	
2	Gebiet Archangelsk	Orlow Igor (ER)	53,25 %	20,97 %
		Osizyna Olga (LDPR)	19,22 %	
		Krajewa Nadeshda (SR)	10,92 %	
3	Gebiet Brjansk	Bogomas Alexander (ER)	79,96 %	57,38 %
		Iwako Michail (Patrioty Rossii)	9,61 %	
		Kurdenko Sergej (SR)	7,91 %	
4	Jüdisches Autonomes Gebiet	Lewintal Alexander (ER)	75,42 %	29,16 %
		Lasarew Konstantin (KPRF)	14,37 %	
		Malyschew Pawel (LDPR)	3,90 %	
5	Gebiet Irkutsk	Jeroschtschenko Sergej (ER)	49,60 %	29,17 %
		Lewtschenko Sergej (KPRF)	36,61 %	
		Jegorowa Larisa (SR)	6,76 %	
6	Gebiet Kaliningrad	Zukanow Nikolaj (ER)	70,41 %	39,48 %
		Rewin Igor (KPRF)	10,22 %	
		Starowojtow Alexander (LDPR)	7,85 %	
7	Gebiet Kaluga	Artamonow Anatolij (ER)	71,43 %	35,99 %
		Jaschkin Nikolaj (KPRF)	12,16 %	
		Dengin Wadim (LDPR)	8,63 %	
8	Bezirk Kamtschatka	Iljuchin Wladimir (ER)	75,48 %	31,86 %
		Smagin Michail (KPRF)	9,96 %	
		Kalaschnikow Walerij (LDPR)	8,14 %	
9	Gebiet Kemerowo	Tulejew Aman (ER)	96,69 %	92,04 %
		Didenko Alexej (LDPR)	1,78 %	
		Schalamanow Wiktor (KPRF)	0,52 %	
10	Gebiet Kostroma	Sitnikow Sergej (ER)	65,77 %	36,51 %
		Ishizkij Walerij (KPRF)	21,30 %	
		Petuchow Sergej (SR)	4,72 %	
11	Bezirk Krasnodar	Kondratew Weniamin (ER)	83,64 %	45,97 %

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 1: Wahlen der Oberhäupter der Regionen (Fortsetzung)

	Region	Kandidaten auf den ersten drei Rängen (Parteizugehörigkeit)	Ergebnis (in %)	Wahlbetei- ligung (in %)
		Osadtschij Nikolaj (KPRF)	7,88 %	
		Rudenko Andrej (SR)	3,18 %	
12	Gebiet Leningrad	Drosdenko Alexander (ER)	82,10 %	44,26 %
		Kusmin Nikolaj (KPRF)	6,98 %	
		Lebedew Andrej (LDPR)	4,17 %	
13	Republik Marij-El	Markelow Leonid (ER)	50,78 %	47,06 %
		Mamajew Sergej (KPRF)	32,31 %	
		Tscherkasow Kirill (LDPR)	7,14 %	
14	Gebiet Omsk	Nasarow Wiktor (ER)	59,99 %	33,79 %
		Denisenko Oleg (KPRF)	28,15 %	
		Selinskij Jan (LDPR)	3,67 %	
15	Gebiet Pensa	Beloserzew Iwan (ER)	86,04 %	62,25 %
		Simagin Wladimir (KPRF)	7,75 %	
		Tuktarrow Shiganscha (LDPR)	2,86 %	
16	Gebiet Rostow	Golubew Wasilij (ER)	78,21 %	48,47 %
		Kolomejzew Nikolaj (KPRF)	11,66 %	
		Jemeljanow Michail (SR)	5,03 %	
17	Gebiet Sachalin	Koshemjako Oleg (ER)	67,80 %	37,53 %
		Iwanowa Swetlana (KPRF)	20,27 %	
		Taran Eduard (SR)	4,48 %	
18	Gebiet Smolensk	Ostrowskij Alexej (ER)	65,18 %	28,72 %
		Lebedew Sergej (SR)	12,42 %	
		Kusnezow Nikolaj (KPRF)	11,62 %	
19	Gebiet Tambow	Nikitin Alexander (ER)	85,47 %	57,91 %
		Shidkow Andrej (KPRF)	6,89 %	
		Chudjakow Roman (LDPR)	4,16 %	
20	Republik Tatarstan	Minnichanow Rustam (ER)	94,40 %	84,07 %
		Mirgalimow Chafis (KPRF)	2,56 %	
		Bilgildejewa Ruschanija (SR)	1,68 %	
21	Republi Tschuwaschien	Ignatew Michail (ER)	65,54 %	58,37 %
		Nikolajew Oleg (SR)	14,73 %	
		Schurtschanow Walentin (KPRF)	12,76 %	

Abkürzungen und Parteibezeichnungen: ER – Einiges Russland; KPRF – Kommunistische Partei der Russischen Föderation; SR – Gerechtes Russland; LDPR – Liberaldemokratische Partei Russlands; Partija pensionerow – Partei der Pensionäre; Jabloko – Jabloko; Patrioty Rossii – Patrioten Russlands; Rossijskaja partija pensionerow sa sprawedliwost – Russische Partei der Pensionäre für Gerechtigkeit; Kommunistitscheskaja partija Kommunisty Rossii – Kommunistische Partei »Kommunisten Russlands«

Quelle: Zusammenstellung aus der Zeitung Kommersant, <<http://www.kommersant.ru/doc/2810408>>, 15. September 2015. Überprüft anhand der Angaben der regionalen Wahlkommissionen auf der Seite der Zentralen Wahlkommission <<http://www.izbirkom.ru/izbirkom/calendar/>>, 20.9.2015>

Tabelle 2: Wahlen zu den regionalen Parlamenten

	Region	Parteien, die die 5%-Hürde überwunden haben (in Klammern: die Spitzenkandidaten der Liste)	Ergebnis (in %)	Wahlbeteiligung (in %)
1	Gebiet Belgorod	ER (Sawtschenko Jewgenij, Tetjuchin Sergej)	62,36 %	53,93 %
		KPRF (Schewljakow Walerij, Panow Stanislaw)	13,09 %	
		SR (Mironow Sergej, Seliwanow Jurij)	8,23 %	
		LDPR (Shirinowskij Wladimir, Gawrilow Nikolaj)	6,76 %	
2	Gebiet Woronesch	ER (Gordejew Alexej, Netesew Wladimir)	74,39 %	51,59 %
		KPRF (Rudakow Sergej, Woronin Nikolaj)	10,74 %	
		LDPR (Shirinowskij Wladimir, Owsjannikow Alexander)	6,00 %	
		SR (Mironow Sergej, Schmygalew Anatolij)	5,31 %	
3	Gebiet Kaluga	ER (Artamonow Anatolij, Batalowa Tatjana)	56,99 %	34,00 %
		LDPR (Shirinowskij Wladimir, Dengin Wadim)	10,50 %	
		KPRF (Butrin Nikolaj, Jaschkin Nikolaj)	9,79 %	
		SR (Mironow Sergej, Drapeko Jelena)	7,68 %	
4	Gebiet Kostroma	ER (Sitnikow Sergej, Anochin Alexej)	51,19 %	36,43 %
		KPRF (Ishizkij Walerij, Golownikow Wjatscheslaw)	14,47 %	
		SR (Mironow Sergej, Oserow Andrej)	10,87 %	
		LDPR (Shirinowskij Wladimir, Kudrjawzew Jurij)	8,67 %	
5	Gebiet Kurgan	ER (Kokorin Alexej, Iltjakow Alexander)	56,74 %	30,37 %
		LDPR (Shirinowskij Wladimir, Jaruschin Jurij)	13,63 %	
		KPRF (Kislizyn Wasilij, Jewgenow Iwan)	13,22 %	
		SR (Mironow Sergej, Semenow Wiktor)	10,93 %	
6	Gebiet Magadan	ER (Petschenyj Wladimir, Abramow Sergej)	57,71 %	33,56 %
		SR (Mironow Sergej, Nowikow Igor)	13,54 %	
		KPRF (Iwanizkij Sergej, Schischkin Alexander)	11,44 %	
		LDPR (Shirinowskij Wladimir)	9,95 %	
7	Gebiet Nowosibirsk	ER (Karaskow Alexander, Jesipowa Tatjana)	44,55 %	30,61 %
		KPRF (Lokot Anatolij, Karpow Wladimir)	24,53 %	
		SR (Mironow Sergej, Kubanow Anatolij)	10,64 %	
		LDPR (Shirinowskij Wladimir, Sawelew Wladislaw)	10,33 %	
8	Republik Komi	ER (Gajser Wjatscheslaw, Kowsel Igor)	58,05 %	50,84 %
		LDPR (Shirinowskij Wladimir, Bragin Michail)	11,59 %	
		SR (Mironow Sergej)	10,02 %	
		KPRF (Andrejew Andrej, Michajlow Oleg)	7,40 %	
9	Gebiet Rjasan	ER (Kowalew Oleg, Mitina Jelena)	62,73 %	37,34 %
		KPRF (Fedotkin Wladimir, Maljugin Wiktor)	12,97 %	
		SR (Mironow Sergej, Pupkow Sergej)	8,60 %	
		LDPR (Shirinowskij Wladimir, Scherin Alexander)	8,21 %	

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 2: Wahlen zu den regionalen Parlamenten (Fortsetzung)

Region		Parteien, die die 5%-Hürde überwunden haben (in Klammern: die Spitzenkandidaten der Liste)	Ergebnis (in %)	Wahlbetei- ligung (in %)
10	Gebiet Tscheljabinsk	ER (Dubrowskij Boris, Mjakusch Wladimir)	56,24 %	41,20 %
		SR (Gartung Walerij, Schwezow Wasilij)	15,90 %	
		KPRF (Egorow Igor, Kurkin Konstantin)	11,69 %	
		LDPR (Shirinowskij Wladimir, Besedin Alexej)	10,01 %	
11	Autonomer Bezirk der Jamal-Nenzen	ER (Kobylkin Dmitrij, Poljakowa Tamara)	70,11 %	69,35 %
		LDPR (Shirinowskij Wladimir, Golubenko Alexander)	13,28 %	
		KPRF (Tetekin Wjatscheslaw, Kukuschkina Jelena)	6,20 %	
		SR (Mironow Sergej, Stepantschenko Walerij)	5,93 %	

Abkürzungen und Parteibezeichnungen: ER – Einiges Russland; KPRF – Kommunistische Partei der Russischen Föderation; SR – Gerechtes Russland; LDPR – Liberaldemokratische Partei Russlands; Partija pensionerow – Partei der Pensionäre; Jabloko – Jabloko; Patrioty Rossii – Patrioten Russlands; Rossijskaja partija pensionerow sa sprawedliwost – Russische Partei der Pensionäre für Gerechtigkeit; Kommunističeskaja partija Kommunisty Rossii – Kommunistische Partei »Kommunisten Russlands«

Quelle: Zusammenstellung aus der Zeitung Kommersant, <<http://www.kommersant.ru/doc/2810408>>, 15. September 2015. Überprüft anhand der Angaben der regionalen Wahlkommissionen auf der Seite der Zentralen Wahlkommission <<http://www.izbirkom.ru/izbirkom/calendar/>>, 20.9.2015>

Tabelle 3: Wahlen zu den Volksvertretungen der regionalen Hauptstädte nach Parteilisten

Stadt, Region		Parteien, die die 5%-Hürde überwunden haben (in Klammern: die Spitzenkandidaten der Liste)	Ergebnis (in %)	Wahlbetei- ligung (in %)
Astrachan, Gebiet Astrachan		ER (Ogul Leonid, Kulagin Wladimir)	50,71 %	17,39 %
		SR (Schein Oleg, Woroch Wasilij)	22,90 %	
		KPRF (Wostrezow Wiktor, Aitow Chalit)	10,47 %	
		LDPR (Shirinowskij Wladimir, Starowojtow Alexander)	5,81 %	
Wladimir, Gebiet Wladimir		ER (Kirjuchina Irina, Aksenowa Jelena)	48,29 %	18,25 %
		KPRF (Bobrow Anatolij)	16,20 %	
		LDPR (Shirinowskij Wladimir, Sipjagin Wladimir)	9,25 %	
		SR (Beljakow Walerij, Marinin Andrej)	8,73 %	
		Partija pensionerow (Akulow Anatolij, Schelucha Alexander)	5,53 %	
		Jabloko (Kuschpita Dmitrij)	5,50 %	
		Woronesch, Gebiet Woronesch		
KPRF (Aschifin Konstantin, Pomeranzew Andrej)	23,01 %			
SR (Pacholkow Oleg, Rymar Artem)	14,93 %			
LDPR (Burzew Oleg, Spizyna Marina)	8,19 %			

Fortsetzung auf der nächsten Seite

**Tabelle 3: Wahlen zu den Volksvertretungen der regionalen Hauptstädte nach Parteilisten
(Fortsetzung)**

	Stadt, Region	Parteien, die die 5%-Hürde überwunden haben (in Klammern: die Spitzenkandidaten der Liste)	Ergebnis (in %)	Wahlbeteiligung (in %)
	Iwanowo, Gebiet Iwanowo	ER (Kusmitschew Alexander, Toms Sergej)	50,64 %	17,87 %
		KPRF (Salomatin Dmitrij)	14,62 %	
		LDPR (Scheljakin Dmitrij, Werjasow Maksim)	10,42 %	
		SR (Rakuschew Alexander, Kundij Stanislaw)	6,07 %	
	Ishewsk, Republik Udmurtien	ER (Prasolow Alexej, Suworowa Soja)	53,19 %	28,23 %
		KPRF (Bodrow Wladimir, Tschepkasow Wladimir)	16,37 %	
		LDPR (Shirinowskij Wladimir, Markin Andrej)	8,80 %	
		Patrioty Rossii (Schtschukin Sergej, Gluchow Wadim)	6,73 %	
	Kasan, Republik Tatarstan	ER (Metschin Ilsur, Lodwigowa Jewgenija)	76,95 %	70,11 %
		KPRF (Prokofew Artem, Serow Alexej)	11,38 %	
		SR (Bilgildejewa Ruschanija, Ramasanow Rustam)	7,50 %	
	Kaluga, Gebiet Kaluga	ER (Ljubimow Nikolaj, Almasow Nikolaj)	42,26 %	26,84 %
		KPRF (Kostina Marina, Sharkow Witalij)	11,78 %	
		LDPR (Shirinowskij Wladimir, Kurganow Denis)	11,72 %	
		SR (Smolowik Andrej, Grischin Wiktor)	10,49 %	
	Kostroma, Gebiet Kostroma	ER (Bekenewa Ljubow, Netschajew Jewgenij)	40,01 %	31,38 %
		KPRF (Gusarowa Larisa, Butylkin Wladimir)	18,36 %	
		SR (Oserow Andrej)	18,07 %	
		LDPR (Shirinowskij Wladimir, Bagrow Wladislaw)	12,12 %	
		Jabloko (Jamschtschikowa Walentina, Schchalachowa Irina)	6,81 %	
	Krasnodar, Bezirk Krasnodar	ER (Galuschko Wera, Timofejew Wiktor)	58,52 %	30,51 %
		KPRF (Obuchow Sergej, Lusinow Sergej)	20,44 %	
		LDPR (Shirinowskij Wladimir, Fisjuk Sergej)	7,84 %	
		SR (Rudenko Andrej)	7,40 %	
	Lipezk, Gebiet Lipetsk	ER (Gulewskij Michail, Tinkow Igor)	40,21 %	19,09 %
		KPRF (Tokarew Sergej, Bykowskich Nikolaj)	13,04 %	
		LDPR (Shirinowskij Wladimir, Chalimontschuk Maksim)	12,13 %	
		Rossijskaja partija pensionerow sa sprawedliwost (Jaskowa Ljudmila)	10,07 %	

Fortsetzung auf der nächsten Seite

**Tabelle 3: Wahlen zu den Volksvertretungen der regionalen Hauptstädte nach Parteilisten
(Fortsetzung)**

	Stadt, Region	Parteien, die die 5%-Hürde überwunden haben (in Klammern: die Spitzenkandidaten der Liste)	Ergebnis (in %)	Wahlbeteiligung (in %)
		Kommunistitscheskaja partija »Kommunisty Rossii« (Trofimow Wadim, Trofimow Alexander)	9,61 %	
		SR (Bytschkowa Jewdokija, Tschebotarew Wladimir)	6,81 %	
	Magadan, Gebiet Magadan	ER (Abramow Sergej, Popow Andrej)	52,28 %	29,61 %
		KPRF (Schischkin Alexander, Gotscharenko Sergej)	14,10 %	
		SR (Lapin Iwan, Shurawlew Jewgenij)	13,80 %	
		LDPR (Shirinowskij Wladimir, Isajew Roman)	8,93 %	
	Magas, Republik Inguschetien	ER (Fargiew Chesir, Belchoroew Jakub)	79,48 %	89,08 %
		SR (Ewloew Uruschan, Martasanow Abdulmashit)	7,00 %	
		LDPR (Gadiew Islam, Surabow Salimchan)	6,79 %	
		KPRF (Zurow Magomed, Bulgutschew Charon)	6,72 %	
	Nischni Nowgorod, Gebiet Nischni Nowgorod	ER (Swatkowskij Dmitrij, Krasnow Dmitrij)	40,40 %	26,63 %
		SR (Botschkarew Alexander, Rasumowskij Alexander)	21,63 %	
		KPRF (Bulanow Wladimir, Tarnajew Alexander)	19,38 %	
		LDPR (Shirinowskij Wladimir, Kurdjumow Alexander)	6,61 %	
	Nowosibirsk, Gebiet Nowosibirsk	ER (Barsuk Wladimir)	34,27 %	24,25 %
		KPRF (Sulejmanow Renat)	33,66 %	
		SR (Sawelew Alexander)	10,09 %	
		LDPR (Lebedew Jewgenij)	8,47 %	
	Orjol, Gebiet Orjol	ER (Musalewskij Leonid, Pilipenko Olga)	41,01 %	33,18 %
		KPRF (Stupin Sergej, Prokopow Jewgenij)	26,55 %	
		LDPR (Shirinowskij Wladimir, Iwanow Wladimir)	10,78 %	
	Orenburg, Gebiet Orenburg	ER (Arapow Jewgenij, Schewtschenko Andrej)	59,67 %	25,24 %
		KPRF (Amelin Maksim, Baturin Denis)	12,48 %	
		SR (Drapeko Jelena, Frolow Wladimir)	10,10 %	
		LDPR (Sajzew Nikolaj, Ponomarenko Alexej)	7,40 %	
	Rostow am Don, Gebiet Rostow	ER (Gorban Sergej, Isakowa Julija)	67,59 %	45,28 %

Fortsetzung auf der nächsten Seite

**Tabelle 3: Wahlen zu den Volksvertretungen der regionalen Hauptstädte nach Parteilisten
(Fortsetzung)**

	Stadt, Region	Parteien, die die 5%-Hürde überwunden haben (in Klammern: die Spitzenkandidaten der Liste)	Ergebnis (in %)	Wahlbeteiligung (in %)
		KPRF (Bessonow Jewgenij, Nesterenko Igor)	14,15 %	
		SR (Emeljanow Michail, Ljaschtschenko Alexej)	8,95 %	
		LDPR (Shirinowskij Wladimir, Nowikow Iwan)	7,60 %	
	Smolensk, Gebiet Smolensk	ER (Kulikowskich Nina, Synkin Jurij)	38,90 %	25,89 %
		KPRF (Maksimow Andrej, Andronow Pawel)	19,63 %	
		LDPR (Nilow Jaroslaw, Leonow Sergej)	15,37 %	
		SR (Lebedew Sergej, Shurawkowa Galina)	13,13 %	
	Syktiwkar, Republik Komi	ER (Koslow Walerij, Litwina Swetlana)	47,70 %	53,54 %
		SR (Kanew Alexej)	13,49 %	
		LDPR (Shirinowskij Wladimir, Rudakow Wladimir)	13,40 %	
		KPRF (Michajlow Oleg, Bogdanow Ilja)	8,22 %	
	Tambow, Gebiet Tambow	ER (Kondratew Alexej, Pudowkina Anna)	59,67 %	31,47 %
		KPRF (Alexanderow Artem, Shalnin Maksim)	21,55 %	
		LDPR (Shirinowskij Wladimir, Chudjakow Roman)	8,63 %	
	Tomsk, Gebiet Tomsk	ER (Iljnych Sergej, Jewtuschenko Irina)	54,27 %	14,75 %
		LDPR (Shirinowskij Wladimir, Brjanskij Sergej)	13,59 %	
		SR (Nemzewa Galina, Wawilowa Irina)	10,28 %	
		KPRF (Petrow Andrej, Pogudin Jurij)	10,16 %	
		Jabloko (Eremin Wasilij, Dolgich Wladimir)	5,54 %	
	Uljanowsk, Gebiet Uljanowsk	ER (Morosow Sergej)	55,37 %	17,13 %
		KPRF (Kurinnij Alexej, Samaletdinow Ramil)	17,35 %	
		LDPR (Shirinowskij Wladimir, Jachin Ildar)	9,52 %	
	Tscheboksary, Republik Tschuwaschien	ER (Tscherkesow Leonid, Igumnow Anatolij)	50,65 %	46,49 %
		KPRF (Schurtschanow Walentin, Jewsejew Dmitrij)	15,50 %	
		SR (Nikolajew Oleg, Moljakow Igor)	12,98 %	
		LDPR (Shirinowskij Wladimir, Belobajew Sergej)	8,14 %	

Abkürzungen und Parteibezeichnungen: ER – Einiges Russland; KPRF – Kommunistische Partei der Russischen Föderation; SR – Gerechtes Russland; LDPR – Liberaldemokratische Partei Russlands; Partija pensionerow – Partei der Pensionäre; Jabloko – Jabloko; Patrioty Rossii – Patrioten Russlands; Rossijskaja partija pensionerow sa sprawedliwost – Russische Partei der Pensionäre für Gerechtigkeit; Kommunistitscheskaja partija Kommunisty Rossii – Kommunistische Partei »Kommunisten Russlands«

Quelle: Zusammenstellung aus der Zeitung Kommersant, <<http://www.kommersant.ru/doc/2810408>>, 15. September 2015. Überprüft anhand der Angaben der regionalen Wahlkommissionen auf der Seite der Zentralen Wahlkommission <<http://www.izbirkom.ru/izbirkom/calendar/>>, 20.9.2015>

Opposition bei den Regionalwahlen 2015: Generalprobe für die Parlamentswahlen 2016

Die Regionalwahlen 2015 waren für die russischen Medien kein großes Thema. Die beinahe turnusmäßige Wiederwahl von Gouverneuren und regionalen Parlamenten bereiteten angesichts des gelenkten russischen Wahlsystems anfangs kaum Überraschungen. Erst die Bemühungen der im Frühjahr gegründeten »Demokratischen Koalition« um Zulassung zu den Wahlen und die Vorfälle während der Wahlkampagne des jungen Oppositionspolitikers Ilja Jashin in Kostroma beschäftigten Blogger und machten ab und zu Schlagzeilen in den unabhängigen Online-Medien. Das »Team Nawalnyj« erreichte in der kleinen Region in Zentralrussland deprimierende zwei Prozent und konnte somit die Sperrklausel nicht überwinden. Eine andere demokratische Partei, »Jabloko«, der zunehmend eine Zusammenarbeit mit der Präsidentialadministration vorgeworfen wird, erzielte hingegen einige Sitze in regionalen Parlamenten. Wie erwartet, bekam die Putin-Partei »Einiges Russland« die Mehrheit der Stimmen. Die meisten Beobachter sahen in den vergangenen Wahlen eine letzte Probe des Regimes vor den landesweiten Wahlen zur Staatsduma, die in der zweiten Hälfte 2016 stattfinden sollen. An den Debatten über die Wahlergebnisse 2015 und die Zukunftsperspektiven für die Opposition beteiligten sich u. a. der kremlnahe Politik-Experte Sergej Markow, Grigorij Jawlinskij, langjährige Führungsfigur von »Jabloko«, der PARNAS-Kandidat Ilja Jashin, der rechtskonservative Publizist Jegor Cholmogorow, Wladimir Milow, Chef der Partei »Demokratische Wahl«, und der Kolumnist Anton Orech (gazeta.ru).

Markow: »Generalprobe 2016«. Kräfte von außen bereiten etwas in der Art des Kiewer Maidan vor...

»Die Regionalwahlen 2015 waren umfangreich. [...]

Ihre primäre politische Bedeutung besteht aber darin, dass sie eine Generalprobe für die Parlamentswahlen 2016 darstellen, wenn ein »Restart« des politischen Regimes stattfinden wird. Momentan bereiten Kräfte von außen wie gewöhnlich etwas in der Art des Kiewer Maidan vor. Darin besteht das wichtigste Momentum [im russ. Original: *draju*] der Wahlen. [...]

Für das russische Regime ist das wichtigste eine Stärkung des politischen Systems, und dazu muss das Vertrauen der Bürger in Wahlen erhöht werden. Denn gerade wegen des geschwundenen Vertrauens in die Wahlen war es zu den massenhaften Protestaktionen von 2011 und 2012 gekommen. Um das Vertrauen der Bürger in Wahlen zu stärken, wurde ein Kurs in Richtung einer Reduzierung der administrativen Ressourcen eingeschlagen, besser gesagt darauf, vom Zentrum aus Versuche der lokalen Regierungen administrative Ressourcen einzusetzen zu unterdrücken. [...]

Von Moskau aus achtet das Regime darauf, dass nicht Methoden administrativen Drucks nicht gegen oppositionelle Kandidaten eingesetzt werden. In diesem Sinne ist das föderale Zentrum ein Garant für das Recht oppositioneller Parteien an den Wahlen nicht nur teilzunehmen, sondern sie auch zu gewinnen – falls sich ihre Positionen als für die Wähler überzeugender erweisen [...]

In der Opposition sticht jener Teil hervor, auf den die größte Aufmerksamkeit ausländischer und [russischer] oppositioneller Medien gerichtet ist, und der von diesen »demokratisch« genannt wird. Ich denke, diese Opposition als demokratisch zu bezeichnen, ist falsch, weil sie bekanntlich den undemokratischen Putsch in Kiew und die antidemokratische Politik des [dort] herrschenden Regimes unterstützte. Radikale prowestliche Majdan-Opposition wäre die richtige Bezeichnung. Diese Opposition hat keine »elektorale«, sondern eine »postelektorale« Strategie. Im Zentrum steht kein Appell an die Wähler, weil ja klar ist, dass mit Parolen wie »Wir überlassen den Banderow-Leuten die Krim« oder »Der Westen hat immer Recht« eine nennenswerte Unterstützung durch Wähler unmöglich ist. Deswegen wurde der Kurs nicht in Richtung eines Ringens um die Wählergunst eingeschlagen, sondern in Richtung der Untergrabung der Legitimität der Wahlen als Institution. [...]

Sergej Markow am 14.09.2015 auf izvestia.ru; <<http://izvestia.ru/news/591458>>.

Grigorij Jawlinskij: Über »Jabloko« bei den vergangenen Wahlen

»Die Parteiliste hat bei den Wahlen der Stadtparlamente gesehen: in Tomsk (5,54%), in Wladimir (5,5%) und sehr wahrscheinlich in Kostroma (6,55%, mehr als die Hälfte der Stimmzettel sind ausgezählt). Per Direktmandat wurde Alexej Kolesnikow, der Vorsitzende der dortigen Jabloko-Sektion, mit 32% zum Abgeordneten in Kaluga gewählt. Wladimir Michajlow wurde für Jabloko Abgeordneter in der Gebietsduma von Kostroma; er hat in seinem Wahlkreis 37% der Stimmen errungen.

Somit werden Vertreter von Jabloko in sechs regionalen Parlamenten tätig sein. [...]

Vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Situation in Russland – des Krieges, der langjährigen flächendeckenden Propaganda, der totalen Konzentration aller Medien ausschließlich auf PARNAS – hat »Jabloko« dennoch bemerkenswerte Ergebnisse erzielt.

Dabei ist am wichtigsten, dass unsere Kandidaten mit einer klaren Position auftraten, indem sie ihre Ablehnung der Außen- und Innenpolitik des herrschenden Regimes erklärten und das politische Wahlkampf-Memorandum (<<http://www.yabloko.ru/2015/06/10>>) unterschrieben, in dem die Ereignisse auf der Krim als Annexion eingestuft, Stalinismus und Nationalismus grundsätzlich abgelehnt und eine Entscheidung für Europa als alternativlos für unser Land erklärt werden. [...]

Danke an alle, wir machen mit unserer Arbeit weiter.«

Grogorij Jawlinskij am 14.09.2015 auf Facebook; <<https://www.facebook.com/yavlinsky.yabloko/posts/930229607070197>>.

Ilja Jashin: Wir haben die Wahlen verloren. Unser Widerstand geht weiter

»Die Wahlen in Kostroma sind nun also beendet.

Die Kampagne hat uns an den Rand der völligen Erschöpfung gebracht, aber es war eine inhaltsreiche und markante Kampagne. Wir haben gut gearbeitet und gegen eine riesige Maschinerie gekämpft. Fast zweihundert Treffen mit den Wählern bei nur zwei Kandidaten. Eine massenhafte Freiwilligenbewegung. Hingebungsvolle Wahlkämpfer waren täglich in den Ortschaften und Dörfern aktiv. Wir haben alles getan, was möglich war.

Wir haben verloren. Das tatsächliche Wahlergebnis von PARNAS, ohne die »Einwürfe« [zusätzlicher Stimmzettel] und die Fälschungen bei der Stimmabgabe »zu Hause« [Stimmabgabe außerhalb des Wahllokals] ist höher als die offizielle Angaben, jedoch nicht wesentlich. Die Fünf-Prozent-Hürde haben wir nicht überwunden.

Die Ursachen liegen auf der Hand. Gegen unser Team in Kostroma wurde ein echter Krieg geführt. Täglich wurden wir im regionalen und zentralen Fernsehen mit Dreck überschüttet. Die Wähler wurden durch »Spoiler« [»gelenkte« Parteien, deren Name und/oder Programm die der »unerwünschten« Parteien imitieren; d. Red.] verwirrt: auf dem ersten Platz der Liste stand die »Partei« »Gegen alle!«¹; noch vor unserer Partei landete unsere »Zwillingspartei« »ParSaS« (»Partei für Gerechtigkeit«).

Jeden Tag wurde die Stadt mit finsterner Propaganda überschüttet: Zeitungen ohne Impressum in gigantischer Auflage und mit direkten Verleumdungen (beispielsweise, dass mein Vater Oligarch sei usw.). Es gab auch kreative Provokationen unter Einsatz von unechten Diplomaten mit Karosse und aufgeklebtem Diplomaten-Kennzeichen. Es ging aber auch bis zu ganz schändlichem Dreck, wie beispielsweise einer »Zeitung« mit Namen »Gay-Prawda«.

Es wurde ständig versucht, meine Treffen mit Wählern zu sabotieren: zunächst durch die Polizei, dann durch Provokateure und schließlich durch Überfälle von angeheuerten »Sportlern«.

Es ist klar, dass in der der Präsidentialadministration, die die Entscheidung zur Registrierung von PARNAS getroffen hat, eine klare Aufgabe gestellt worden war: Unter keinen Umständen durfte zugelassen werden, dass wir die Fünf-Prozent-Hürde überspringen. An dieser Aufgabe arbeiteten fast alle an der Wahl Beteiligten, angefangen beim Stab von »Einiges Russland«, der auf der Basis der Gebietsadministration gebildet worden war, bis hin zu »Jabloko«, die mitten im Wahlkampf gegen Nawalnyj eine Klage einreichte und als Gegenleistung Sendezeit sowie die Möglichkeit zu massiver Außenwerbung bekam. Ganz zu schweigen von den kleinen Pseudo-Parteien wie etwa den »Patrioten« [Partei »Patrioten Russlands«; d. Red.], den »Grünen« [Russische ökologische Partei »Die Grünen«; d. Red.] und irgendwelchen »naschistischen« Projekten [»Naschi« – ehemalige Jugendorganisation des Kreml; d. Red.], etwa den »freien Bürgern« [»Partei der freien Bürger«; d. Red.].

Man darf auch nicht vergessen, dass wir von den Wahlen wegen [ungenügender] Unterschriften ausgeschlossen worden waren, und die Zentrale Wahlkommission uns erst dann wieder registriert hat, als die Auslosung [der Positionen auf dem Stimmzettel] vorbei war und alle Parteien schon voll im Wahlkampf standen. Ganz zu schweigen, dass der Chef unseres Wahlkampfstabs, Andrej Piwowarow, festgenommen wurde und bis heute hinter Gittern sitzt; der neue Chef, Leonid Wolkow, wurde während der Kampagne zum Beschuldigten und musste ein Mal pro Woche zu Verhören nach Nowosibirsk fliegen.

Und ich hab wohl auch ein bisschen die Wirkung überbewertet, die mein Charme auf die Omas von Kostroma haben würde, was soll ich da noch sagen:) [...]

Was nun?

Für uns ist der Widerstand gegen die Kreml-Gauner nicht die Frage eines Tages oder einer einzigen Kampagne. Wir sind das einzige Aufgebot in Russland, das bereit ist, gegen die Gruppierung um Putin Widerstand zu leisten und sich nicht beirren lässt. Wir werden nicht aus Russland fortziehen und den Gaunern und Schlitzohren das Land nicht überlassen.

Morgen werden wir aufwachen und beharrlich unsere Linie weiterführen, uns auf die nächsten Wahlen vorbereiten, Berichte über das System der Diebe schreiben, Antikorruptions-Untersuchungen anstellen, Protestaktionen organisieren. Schließt euch an. Wie schwer es auch momentan sein mag – die Zukunft gehört uns.«

Ilja Jashin auf Facebook, 14.09.2015; <<https://www.facebook.com/yashin.ilya/posts/901070186613294>>.

1 Eine Partei dieses Namens ist tatsächlich registriert (<<http://minjust.ru/ru/taxonomy/term/215>>); d. Red.

Jegor Cholmogorow: »Snobistische Neigung der Opposition«

»[...] Die russische Opposition kämpft *gegen* das Regime, aber nicht *um* den Wähler. Das Regime kann unterschiedlich sein: Der Chef der Stadtadministration oder der Gouverneur. Hängt davon ab, auf welcher Ebene und mit wessen Geld dieses oder jenes oppositionelle Süppchen gekocht wird. In allen Fällen steht bei den Regime-Kritikern der Kampf *gegen* etwas an erster Stelle. Genau den versuchen sie den Wählern zu verkaufen.

Ein charakteristisches Beispiel: Nachdem die Partei Kasjanows ihre gesetzmäßigen 2% bekommen hat, erstattet ihr Vertreter Ilja Jashin auf »Facebook« Bericht und versucht dieses beschämende Ergebnis als eine unglaubliche Errungenschaft darzustellen. [...]

Letztendlich war Kostroma für die Kasjanow-Nawalnyj-Leute nur ein Platz, auf dem man ein politisches Zirkuszelt aufbauen kann, um nicht etwa in Moskau, sondern irgendwo in Washington und Brüssel eine Komödie über »unfaire Wahlen und die Verfolgung der Opposition durch das autoritäre Regime« zu zeigen. [...]

Jegor Cholmogorow am 14.09.2015 auf izvestia.ru; <<http://izvestia.ru/news/591471>>.

Anton Oreh: Das Regime hat Allergie gegen Opposition

»Die Wahlen in Kostroma haben uns gezeigt, was für eine fürchterliche Allergie alle mit dem Regime wirklich nicht einverständene und real oppositionelle Kräfte bei diesem hervorrufen. Von Anfang an hatte PARNAS in Kostroma kaum Chancen – nicht zuletzt deshalb, weil Kostroma nicht Moskau ist. Je weiter von Moskau entfernt, desto weniger Informationen haben die Menschen, desto geringer ist ihr soziales Engagement, desto weniger wird begriffen, was im Land und sogar in der eigenen Heimatregion tatsächlich vor sich geht. Die Menschen sind wohl tatsächlich mit ihrem Leben und der lokalen Regierung unzufrieden. Was genau sie aber wollen, womit genau sie eigentlich unzufrieden sind, können Bürger nicht klar formulieren. Und wenn sie mit der Regierung unzufrieden sind, heißt das noch lange nicht, dass das Volk bereit ist, ihre Stimme der Opposition zu geben. Deswegen hätte das Regime ruhig PARNAS nicht nur in Kostroma, sondern auch in Nowosibirsk, Kaluga und Magadan zu den Wahlen zulassen können. [...]

Im Kreml sitzt das Genie der Menschheit. Welche Gefahr könnte da von einem Abgeordneten der Gebietsduma Kostroma namens Ilja Jaschin ausgehen? Der würde bezichtigende Reden auf der lokalen Bühne schwingen, na und? Darum spreche ich von Allergie. Das Regime erträgt keinen echten Widerstand, ganz gleich welcher Art. Für das Regime ist sogar ein einziger fremder Abgeordneter eine Katastrophe. Gerade deswegen wurde im stillen Kostroma ein derartiger Hexensabbat veranstaltet, nachts die Eingangstür des oppositionellen Wahlkampfstabs aufgesägt und dort nach einer Leiche gesucht. Genau deswegen droht nun Andrej Piwowarow eine reale Strafgeschichte [also ohne Bewährung, d. Red.]. Es darf keinen Widerstand geben, nirgendwo, und selbst den geringsten nicht. In dieser übertriebenen, unangemessenen Reaktion zeigt sich ein tiefsitzendes mangelndes Selbstbewusstsein.

Wenn du einen Jaschin zulässt, dann wird es, eh du dich versiehst, bei den nächsten Wahlen neben Jaschin noch ein Dutzend andere geben. Dann werden sie ganz Kostroma besetzen und danach wird die Pandemie weiter ziehen. Deshalb auch wurden die Wahlen auf eine ungünstige Jahreszeit gelegt; und deswegen wurde alles getan, damit möglichst wenige zur Urne gehen; deswegen wurde PARNAS eben nur in Kostroma zugelassen. Weil sie spüren, dass sich gegebenenfalls die berüchtigten 84 Prozent Zustimmung von einer Sekunde zur nächsten in Nichts auflösen. Vor dreißig Jahren begann die Perestrojka bei 99 Prozent und es gab keinerlei Wahlen im Land. Aber es reichte, das Fenster ein wenig zu öffnen, und schon schlug der freie Wind die Scheiben samt Rahmen heraus und lüftete den abgestandenen Raum, in dem die sowjetischen Menschen wohnten. Das heutige Regime hat Angst, dass sich die Geschichte wiederholen könnte.«

Anton Oreh am 14.09.2015 auf Echo Moskwy; <<http://echo.msk.ru/blog/oreh/1622192-echo/>>.

Milow: Russische Politik ist kein Gourmet-Restaurant, sondern eine sowjetische Kantine

»[...] Jetzt werden Sie mediales und »Experten«-Geheul hören, dass alles schlimm ist, dass es keine Wahlen gibt, dass »Einiges Russland« wieder alles gewonnen hat, dass die Opposition alles verloren hat und so weiter und so fort. Hören Sie darauf, das ist nur weißes Rauschen. [...]

In Wirklichkeit haben wir aus der ganzen Kampagne einige wichtige Schlussfolgerungen gewonnen:

1. Einiges Russland ist in vielen Regionen schwach aufgestellt. Das versuchen sie durch die Vernichtung des Wettbewerbs und eine niedrige Wahlbeteiligung zu verdecken. Oft gelingt das nicht besonders und die Verdrossenheit in der Bevölkerung bricht hervor. Diese Wahlen haben recht viele solcher Beispiele mit sich gebracht. Selbstverständlich gibt es keine »86%« für das Regime.
2. Die Wahlbeteiligung wird bei den Duma-Wahlen höher sein, und die Opposition mehr Möglichkeiten haben. Deswegen werden die Wahlen 2016 äußerst spannend und wichtig für das Land. [...]

3. Einiges Russland im Jahr 2016 die Mehrheit in der Staatsduma zu nehmen ist eine durchaus reale Aufgabe.
4. Viele Fälle (Jroschtschenko, Markelov und andere) zeigen, dass administrative Ressourcen bei weitem nicht alles entscheiden können, selbst im heutigen Russland; und es ist möglich die Proteststimmen zu verteidigen.
5. Es war kein Zufall, dass das Regime die »Demokratische Koalition« auf der Basis von PARNAS nur in einer Region, in der schwierigsten, zu den Wahlen zugelassen hat. Aber auch hier hat die Koalition gezeigt, dass sie in der Lage ist, an der Prozenthürde zu arbeiten. Hätte es etwas mehr Zeit gegeben, wäre PARNAS in Kostroma mit Sicherheit durchgekommen. In Großstädten hätte PARNAS es sicher geschafft (deswegen auch wurde die Parteiliste in Nowosibirsk nicht zugelassen). Nun haben wir ein Jahr, um diese Kampagne zu verlängern und es bis zur Parlamentsfraktion in der Duma zu bringen.
6. Die Kampagne in Kostroma war eine äußerst wichtige Erfahrung weit entfernt von den Hauptstädten, in der tiefsten Provinz. Das Ergebnis ist sehr gut; man *kann* dort Unterstützung bekommen. [...]

In einem System vertikaler monopolisierter Macht besteht die Hauptaufgabe in der Zerschlagung des Monopols. Ganz gleich, mit Hilfe welcher Parteien.

Russische Politik ist kein Feinschmeckerrestaurant, wo man über die Speisekarte moseern kann: das esse ich, und das hier esse ich nicht. Es ist eine sowjetische Kantine, in der man mit dem zurechtkommen muss, was da ist.[...]
Wladimir Milow am 14.09.2015 auf Livejournal; <<http://demvybor.livejournal.com/715665.html>>

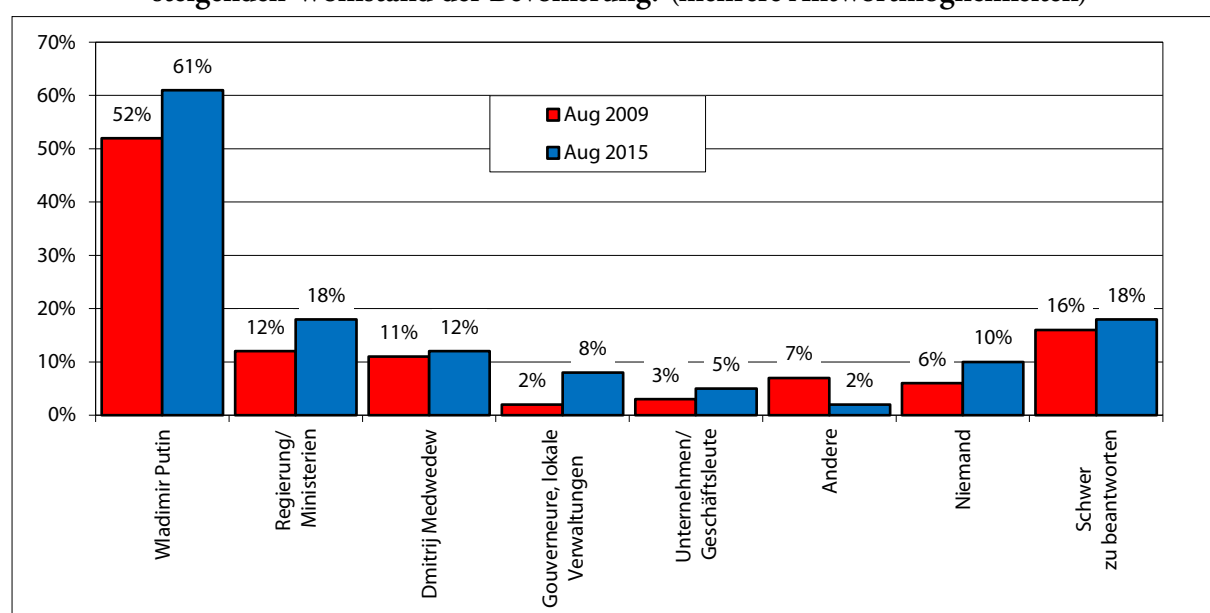
*Ausgewählt und zusammengefasst von Sergey Medvedev, Berlin
 (Die Blogs, auf die verwiesen wird, sind in russischer Sprache verfasst)*

UMFRAGE

Russland im August

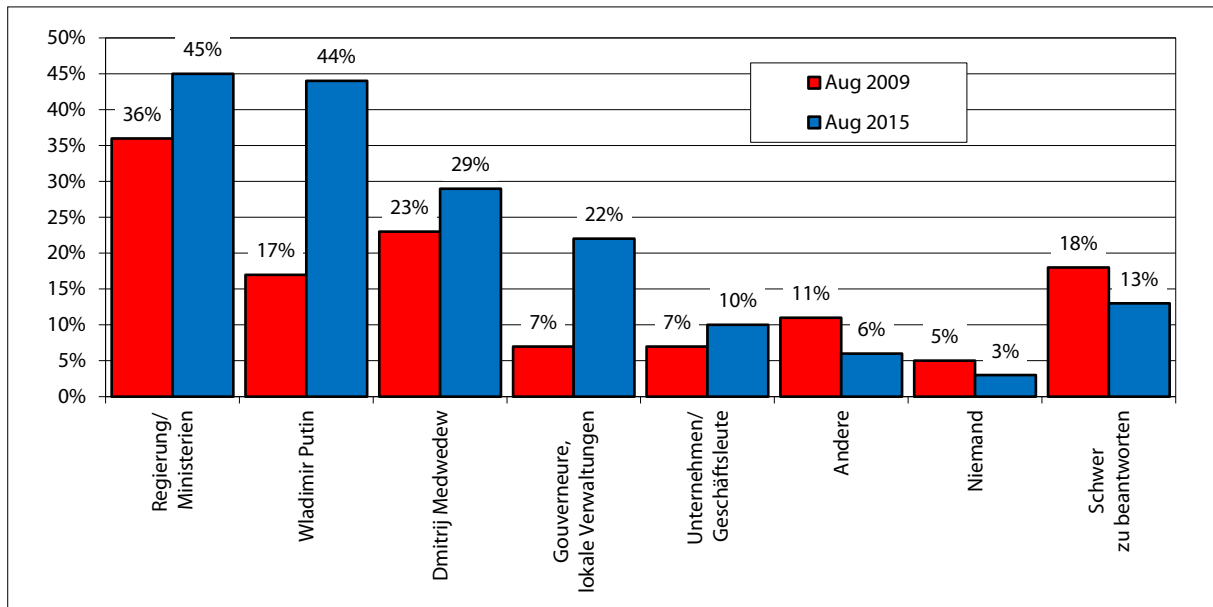
Der Präsident und die Wirtschaftslage in Umfragen

Grafik 2: Wer hat den Hauptverdienst an den wirtschaftlichen Erfolgen Russlands und dem steigenden Wohlstand der Bevölkerung? (mehrere Antwortmöglichkeiten)



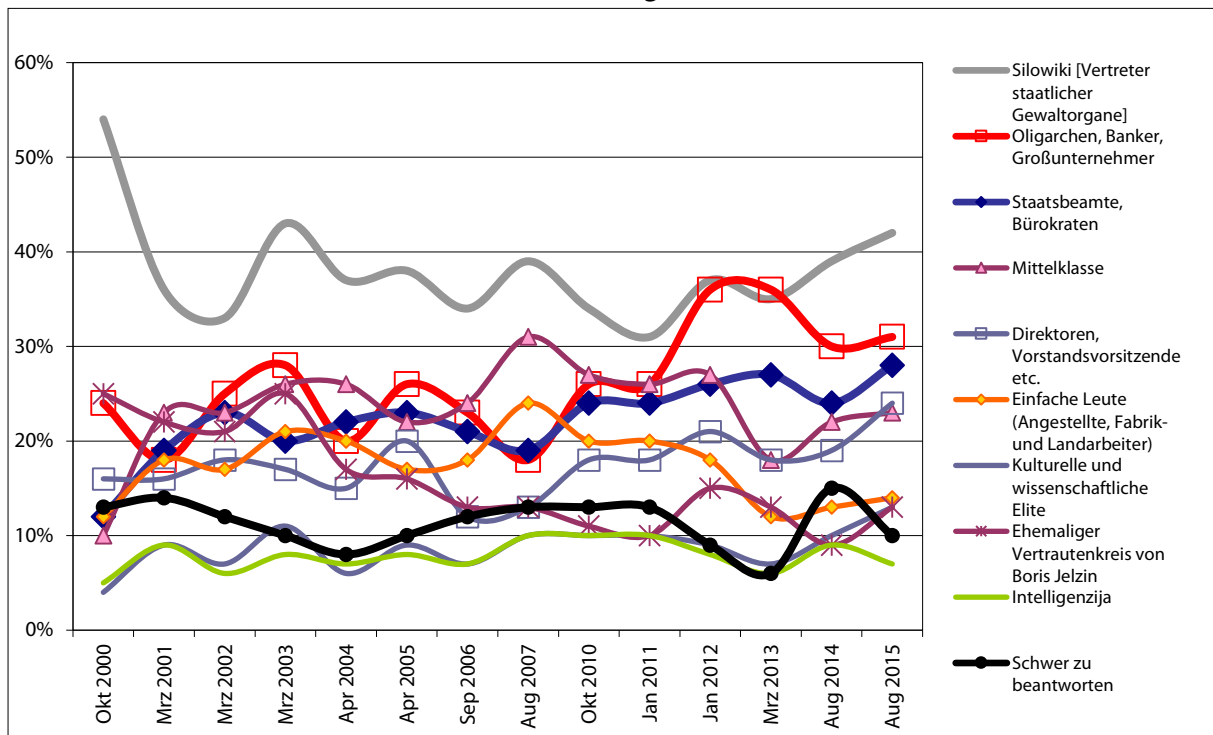
Quelle: Umfrage des Lewada-Zentrums vom 21.–24. August 2015, N = 1600 <<http://www.levada.ru/print/10-09-2015/vospriyatije-tyatelnosti-vladimira-putina>>, 11. September 2015

Grafik 3: Wer in Russland trägt die Hauptverantwortung für die Probleme im Land und die steigenden Lebenshaltungskosten? (mehrere Antwortmöglichkeiten)



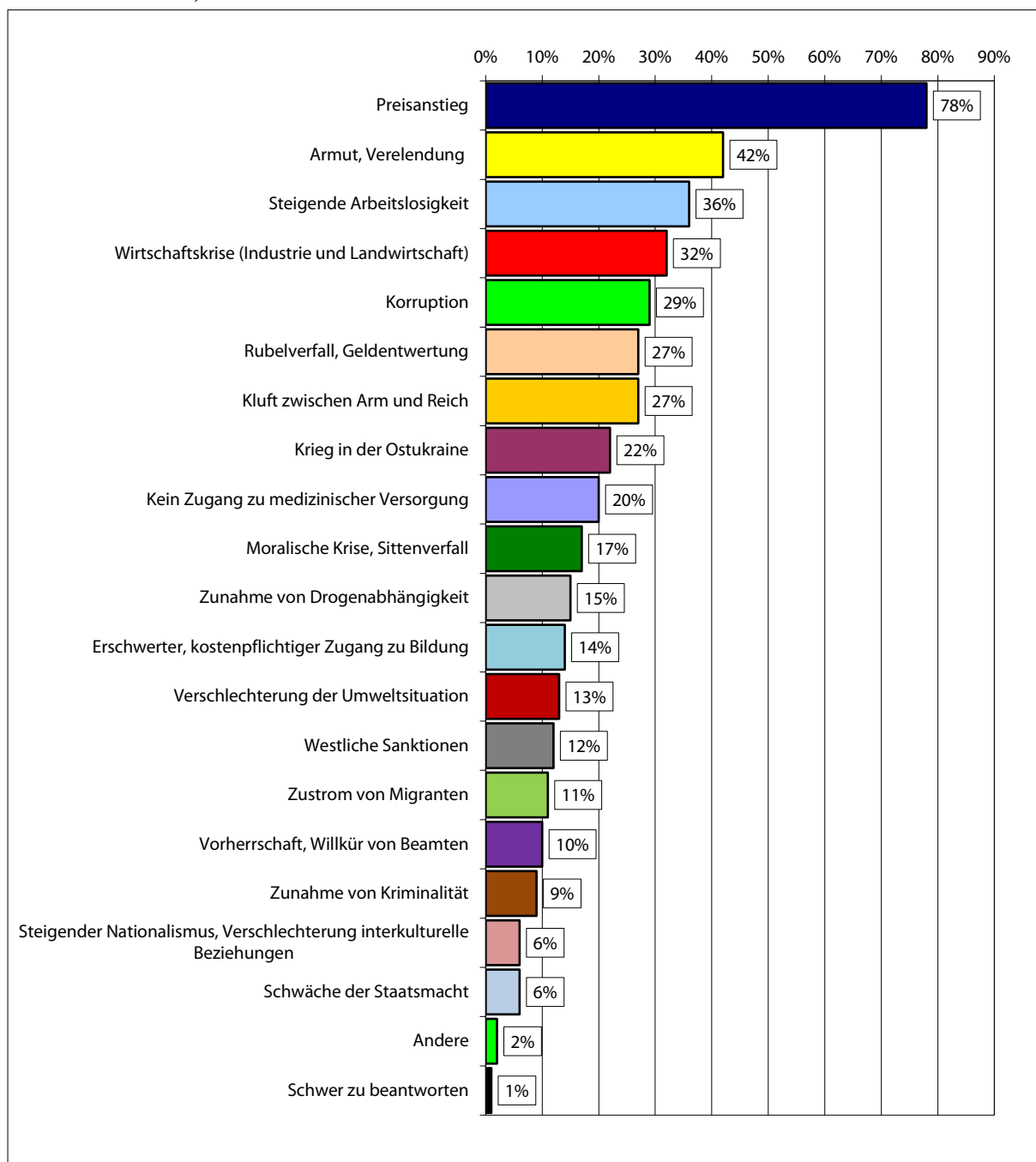
Quelle: Umfrage des Lewada-Zentrums vom 21.–24. August 2015, N = 1600 <<http://www.levada.ru/print/10-09-2015/vospriyatie-deyatelnosti-vladimira-putina>>, 11. September 2015

Grafik 4: Die Interessen welcher gesellschaftlicher Schichten vertritt, Ihrer Ansicht nach, Wladimir Putin? (mehrere Antwortmöglichkeiten)



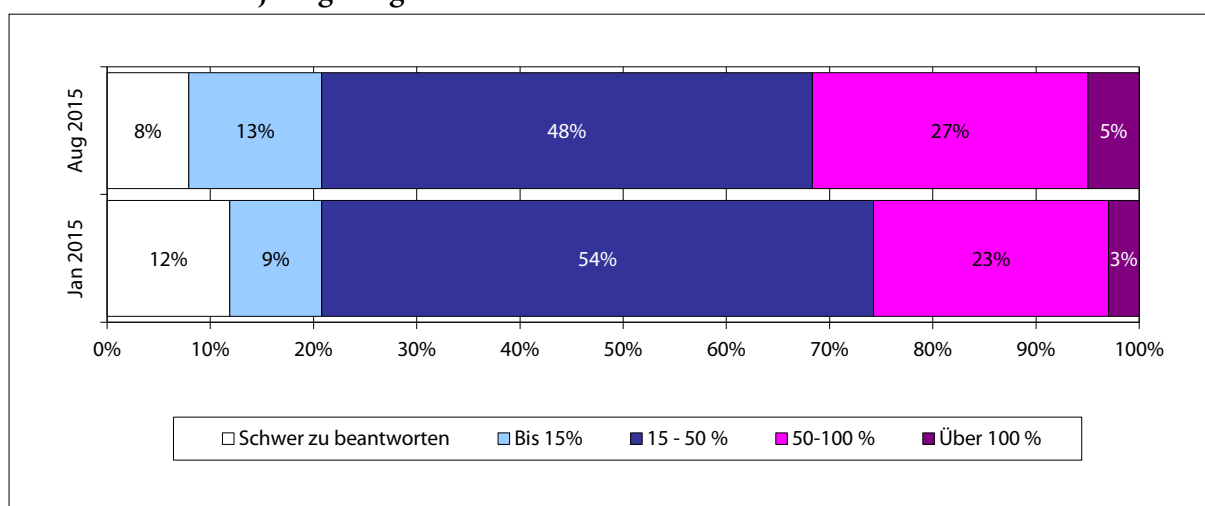
Quelle: Umfrage des Lewada-Zentrums vom 21.–24. August 2015, N = 1600 <<http://www.levada.ru/print/10-09-2015/vospriyatie-deyatelnosti-vladimira-putina>>, 11. September 2015

Grafik 5: Welche der folgenden Probleme in unserer Gesellschaft beunruhigen Sie am meisten bzw. schätzen Sie am gravierendsten ein? (August 2015, mehrere Antwortmöglichkeiten)



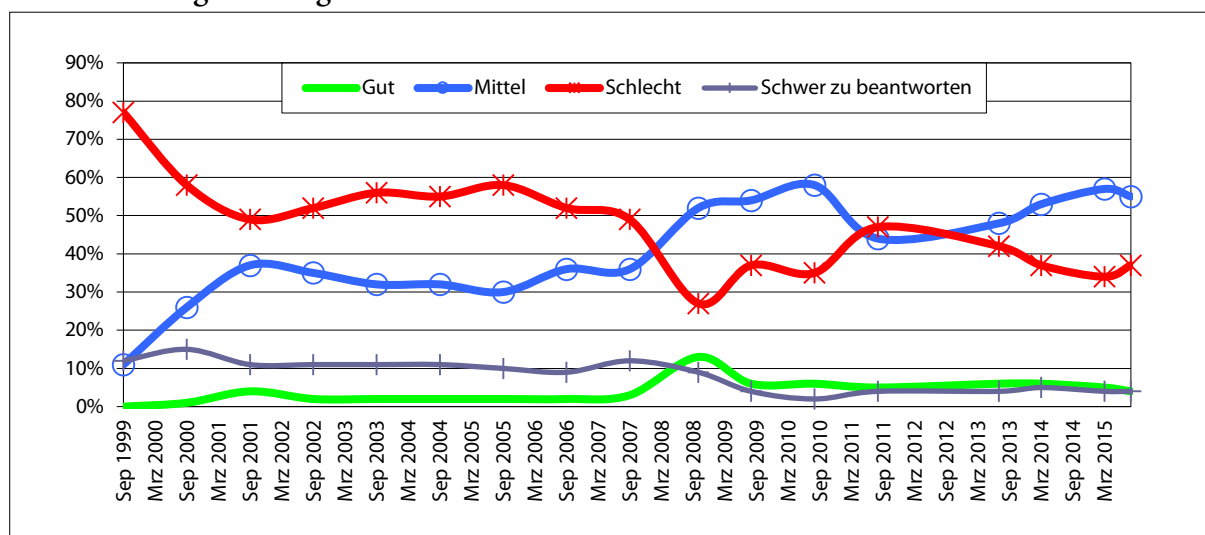
Quelle: Umfrage des Lewada-Zentrums vom 21.–24. August 2015, $N = 1600$ <<http://www.levada.ru/print/31-08-2015/ekonomicheskoe-samochuvstvie-i-nalichie-sberezenii>>, 1. September 2015

Grafik 6: Jede Familie erwirbt im Laufe des Jahres verschiedene Waren und Dienstleistungen. Die Preise verändern sich unterschiedlich. Wie sind die Preise (prozentual) für Waren und Dienstleistungen, die Sie oder Ihre Familie üblicherweise beziehen, im Vergleich zum Vorjahr gestiegen?



Quelle: Umfrage des Lewada-Zentrums vom 21.–24. August 2015, N = 1600 <<http://www.levada.ru/print/31-08-2015/ekonomicheskoe-samochnuvstvie-i-nalichie-sberezhenii>>, 1. September 2015

Grafik 7: Wie beurteilen Sie die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Regierung, zum Beispiel die Maßnahmen, die sie zur Bekämpfung der Finanzkrise, der Inflation, der Arbeitslosigkeit etc. getroffen hat?



Quelle: Umfrage des Lewada-Zentrums vom 21.–24. August 2015, N = 1600 <<http://www.levada.ru/print/31-08-2015/ekonomicheskoe-samochnuvstvie-i-nalichie-sberezhenii>>, 1. September 2015

Denkmäler, vaterländische Legenden und Gedenken an die Opfer politischer Repression – zwei Schritte zurück, ein halber nach vorn

Jens Siegert, Moskau

Eigentlich scheint alles klar zu sein mit der russischen Geschichtspolitik: mit Volldampf zurück in die Sowjetunion. Trotz dieser zwar deutlichen und beunruhigenden Bewegungsrichtung, passieren immer wieder, wenn auch eher selten als oft, Dinge, die dazu nicht zu passen scheinen. Um dieses Zurück (mehr) und Vor (weniger) soll es heute anhand von ein drei Beispielen gehen. Ich fange mit den beiden finsternen an.

Schon seit vielen Jahren gibt es immer mal wieder Initiativen zur Wiedererrichtung des Denkmals von Felix Dsershinskij, dem Gründer der Tscheka und der Symbolfigur der sowjetischen und auch noch der heutigen russischen politischen Polizei. Dsershinskij's Statue (übrigens ein durchaus fein gelungenes Werk des sowjetischen Bildhauerstars Jewgenij Wutetitsch) war direkt nach dem gescheiterten Putsch gegen Gorbatschow am 22. August 1991 von seinem Sockel auf dem Lubjanka-Platz (der damals noch Dsershinskij-Platz hieß), vor dem damaligen KGB- und heutigen FSB-Hauptquartier im Moskauer Zentrum geholt worden.

Das Partizip »geholt« ist durchaus bewusst gewählt, denn der von einer Gruppe »Verteidiger des Weißen Hauses« (des damaligen Parlamentssitzes, vor dem Boris Jelzin sich den Putschisten auf einem Panzer entgegen gestellt hatte) versuchte Sturz wurde in letzter Minute verhindert, und zwar vom damaligen Vizebürgermeister und späteren langjährigen Bürgermeister Jurij Luschkow. Luschkow überzeugte die ebenso siegestrunkene wie entschlossene Menge, dass ein unkontrolliertes Fallen der 11 Tonnen schweren Figur eine unverantwortliche Gefahr für den durchlöcherten Moskauer Untergrund mit seinen sich kreuzenden Metrolinien und zahlreichen Geheimgängen darstelle. Flugs ließ er einen Kranwagen heranschaffen, der den Stein-Dsershinskij an den Haken nahm und akkurat in der Nähe der Neuen Tretjakowgalerie gegenüber dem Gorkipark ablegte. Dort steht er in einem sowjetischen Skulpturenpark noch immer, jederzeit zur Rückkehr auf seinen seither leeren Platz bereit.

Solange Luschkow Bürgermeister von Moskau war (also von 1992 bis 2010), blieb es beim Gerede. All diese Initiativen verliefen im Sande. Auch der Kreml mischte sich nicht ein. Hinter dem halb geöffneten Bühnenvorhang lugt aber trotzdem immer wieder die ungebrochene Popularität hervor, die Dsershinskij notorisch in russischen Geheimdienstkreisen und auch bei Polizei und Staatsanwaltschaften hat. So steht seit Jahren eine Dsershinskij-Büste im Hof der »Petrowka 38«, der Zen-

trale der Moskauer Polizei, von der Straße aus deutlich sichtbar, aber hinter Schranke, Zaun und Durchlasskontrolle. Auch wenn man das Gebäude der für das Moskauer Stadtzentrum zuständigen Innenbehörde betritt, schaut ein goldener Dsershinskij-Kopf – ganz offensichtlich neueren Datums – zwischen den Türen streng auf den Besucher. Das sind, wenn man spitzfindig sein will, trotz eines (eingeschränkten) Publikumsverkehrs keine öffentlichen Räume. Jedenfalls sind es Orte ohne besondere Symbolik. Mit dem Lubjanka-Platz wäre das anders.

Wirklich ernst mit Dsershinskij wurde es nun erstmals in diesem Frühjahr. Die Fraktion der Kommunisten im Moskauer Stadtparlament beantragte ein Referendum, bei dem eine von drei Fragen an die Moskauer lauten sollte, ob denn Dsershinskij in die Mitte des Lubjanka-Platzes zurückkehren solle. So weit, so normal. Neu war jedoch, dass die Stadtregierung die erste Stufe zum Referendum, das Sammeln von Unterschriften zuließ. Wie kaum anders zu erwarten, kamen in der engen gesetzlichen Frist (eng eben deshalb gezogen, um jedes Referendum staatlicherseits verhindern zu können) genügend Unterschriften zusammen. Erst dann geschah Seltsames: Die Kommunisten zogen ihr Referendum zurück. Es ist wenig wahrscheinlich, dass ihnen ihre Referendums-idee so plötzlich nicht mehr gefallen hat. Aber warum von oben (und das konnte nur der Kreml sein) Druck ausgeübt worden ist, bleibt unklar. Ein wenig wirkt das wie Angst vor der eigenen Courage. Denn kaum jemand zweifelt daran, dass die Dsershinskij-Rückkehr, hätte das Referendum stattgefunden, eine Mehrheit gefunden hätte.

Die massive staatliche Propaganda der vergangenen Jahre (die sich seit der Annexion der Krim im März 2014 noch einmal verstärkt hat) von Russland als einer von Feinden umzingelten, belagerten Festung, in deren Inneren zudem angeblich eine »fünfte Kolonne« gegen das eigene Land wühlt, hat eine Stimmung geschaffen, die geradezu nach harten Händen ruft. Nun lassen sich Stimmungen politisch nutzen, sie lassen sich aber auch, wenn nötig, ignorieren. Der mögliche Schaden ist meist propagandistisch begrenzt. Ein handfestes Referendumsergebnis wäre eine andere Sache. Es hätte mehr als nur symbolische Bedeutung, sollte das Volk der Wiedererrichtung Dsershinskij's zustimmen. Das wäre eine implizite Zustimmung, ja fast eine Aufforderung zu politischer Repression.

Soweit wir wissen können, haben »Liberale«, die diesem Begriff auch nur entfernt entsprechen, im Kreml oder dem Kreml nicht mehr viel zu sagen. Die Ausein-

andersetzung darüber, wohin der Weg geht, findet schon länger vor allem zwischen denjenigen statt, die mehr Repression und Konfrontation (mit dem Westen, mit der Opposition) für angebracht halten (teils aus pragmatischen, teils aus ideologischen Gründen), und denjenigen, die lieber die bisherige Strategie beibehalten, der zufolge der Staat nur soviel Repression anwendet, wie nötig (wobei das »wie nötig« selbstverständlich Gegenstand ständiger Abwägung und Auseinandersetzung ist). Das Signal, das eine Zustimmung zur Wiedererrichtung des Dsershinskij-Denkmal in einem Referendum aussenden würde, wäre Wasser auf die Mühlen der härteren Hardliner. Man darf deshalb annehmen, dass das Referendum abgesagt wurde, um Handlungsspielräume zu erhalten. Denn erstens ist das besser als mit dem Knüppel zuzuschlagen und zweitens dürfte das Signal, dass man könnte, wenn man nur wollte, auch so angekommen sein (drittens, könnte man hinzufügen, hat der Mord an Nemzow schon genug Angst verbreitet).

Eine andere Frage ist, warum solche Figuren wie Dsershinskij oder, noch prominenter, Stalin und das politische Repressionssystem der Sowjetunion insgesamt überhaupt solch eine Renaissance erleben. Die Köpfe dieser unangenehmen Gestalten tauchen sozusagen zwangsläufig, ein wenig sogar hinter dem Rücken ihrer Zauberlehrlinge, aus dem brodelnden Gebräu der Geschichtssuppe auf, die der Kreml seit Jahren braut. Das hat vor allem zwei Gründe. Den ersten hat Arsenij Roginskij, Vorstandsvorsitzender von Memorial schon im Dezember 2008 in seinem Vortrag über das »Erinnern an den Stalinismus« hervorragend herausgearbeitet (<<https://www.boell.de/de/navigation/europa-nord-amerika-5709.html>>): Im kollektiven Gedächtnis des Landes geht es immer nur um die Opfer, nicht um die Verbrecher. Der Staat rehabilitiert die Opfer politischer Verfolgung, aber er sagt nichts Verbindliches über die Täter. Roginskij nennt das eine »geteilte Erinnerung«. Dadurch kann der stalinistische Terror schlecht gefunden werden, während Stalin selbst gleichzeitig ein großer Staatsmann bleibt, der das Land modernisiert und als Oberbefehlshaber zum Sieg im »Großen Vaterländischen Krieg« geführt hat.

Der zweite Grund liegt in der Konzeption einer ausschließlich »positiven Geschichte«, die der Kreml unter Putin seit Jahren propagiert. Um dem Land seinen »nationalen Stolz« wieder zu geben, es von »den Knien wieder aufzurichten«, so die These, müssten die Menschen stolz auf Russland sein. Das gehe aber nur, wenn die russische Geschichte – einige empfehlen: »vorübergehend« – als eine Geschichte von moralisch gerechtfertigten Siegen des russischen Staates dar- und vorgestellt wird. Damit werden aber auch die Unholde und Mörder in ihr reingewaschen und die Fehlwege und Katastrophen ignoriert.

Dann hat Iwan IV., der »Schreckliche«, das Moskauer Reich nur den Bojaren entrissen, aber später mit der Opritschnina kein Terrorregime errichtet. Dann hat Peter I., der »Große«, nur das russische Imperium begründet und das Land zu einer der fünf europäischen Großmächte gemacht, dafür aber nicht in Kriegen und beim Bau von St. Petersburg ein Drittel der russischen Männer (hier fehlt mir ein ausreichend passendes Verb) »hingepflegt«. Dann war auch Stalin kein blutrünstiger

Diktator (jedenfalls nicht nur oder nicht in erster Linie) und der Hitler-Stalin-Pakt war kein Abkommen mit einem anderen blutrünstigen Diktator zur verbrecherischen Aufteilung Europas, sondern Stalin tat eben das, was »geboten« (und damit moralisch gerechtfertigt) war, um Russland das Überleben zu ermöglichen.

Damit komme ich zum zweiten finsternen Beispiel, einer Lügengeschichte, die vielleicht angesichts dieser großen historischen Linien unbedeutend erscheint, die aber, wie ich meine, sehr gut verdeutlicht, wohin das alles führt. Es geht um einen der wichtigsten Heldenmythen des »Großen Vaterländischen Kriegs«, um die sogenannten »Panfilowzy«. Dabei handelt es sich um die 316. Schützendivision, einen Verband der Roten Armee (der Befehlshaber war Generalmajor Iwan Panfilow), die im November 1941 etwa 100 Kilometer vor Moskau einen deutschen Angriff abwehrte. Eine kleine Unter- einheit von 28 Mann, so will es der sowjetische Mythos, habe dabei in vierstündigem Kampf 18 deutsche Panzer »vernichtet«; dabei seien alle 28, bis auf den letzten Mann, gefallen.

Foto 1: Dsershinskij-Büste im Hof der Petrowka-Straße 38, Moskau



Foto: HHS

In der Sowjetunion lernte jedes Schulkind, die Heldentaten der »Panfilowzy« zu bewundern, auch den Spruch, mit dem auf den Lippen sie angeblich in den sicheren Tod gingen: »Russland ist groß, aber Zurückweichen geht nicht – hinter uns liegt Moskau«. Doch schon bald gab es Zweifel, ob sich die Geschichte wirklich so zugetragen hat, wie es dann später in den sowjetischen Schulbüchern stand. Einer der vermeintlichen Heldentod Gestorbenen wurde bereits 1947 in aller stalinistischer Stille zu 15 Jahren Gulag verurteilt, weil er mit den Deutschen kollaboriert habe. Auch andere der »28 Panfilowzy« fanden sich später unter den Lebenden. Nun sollte man nicht allzu viel auf die Urteile sowjetischer Gerichte (und dann noch unter Stalin!) geben, aber der 1947 verurteilte Mann lebte noch, obwohl er doch eines Heldentodes gestorben sein musste. Schon 1948 bekam Stalin einen militärstaatsanwaltschaftlichen Bericht dazu. Der landete im Archiv, das geheim war, wie alle sowjetischen Archive.

Der Zugang zu (staatlichen) Archiven ist zwar heute in Russland erneut ein großes Problem (nach einer doch recht offenen Phase von den 1990er bis etwa Mitte der 2000er), aber die falsche Geschichte der »Panfilowzy« ist bereits in der Perestrojka Ende der 1980er Jahre öffentlich geworden. Unlängst nun, Anfang Juni, erinnerte Sergej Mironow, Direktor des Russischen Staatsarchivs, damit gleichsam oberster Archivar des Landes und darüber hinaus ein Wissenschaftler von untadeligem Ruf, auf einem Weltkongress der Russischsprachigen Presse in Moskau in einem Vortrag an diese Propagandageschichte. Es kam zu einem heftigen Disput im Saal, da viele der versammelten Journalisten von ihnen seit der Kindheit verehrten Helden nicht lassen mochten.

Der Vorfall erzürnte auch den russischen Kulturminister Wladimir Medinskij, im Vorleben Autor zahlreicher historisierender Schriften wissenschaftlich höchst zweifelhafter Qualität. In der Regierungszeitung »Rossijskaja Gaseta« dekretierte er, für die »epischen Sowjethelden« hätten die gleichen Maßstäbe zu gelten wie für christliche Heilige (<<http://www.rg.ru/2015/08/26/pravda.html>>). Kurz: Propaganda und Legende, das Transzendente, der geglaubte und den Glauben stützende Kern, die Glaubenswahrheit also ist wichtiger als historische Genauigkeit. Geschichte ist, so muss man schließen, aus Sicht der heutigen Herrscher Russlands eben keine Wissenschaft, sondern lediglich eines der Schlachtfelder im (geo)politischen Kampf. Und um den zu gewinnen, das propagiert der Kreml schon seit Jahren, muss Negatives weggelassen und darf nur »positive Geschichte« geschrieben werden. Denn nur so werde das russische Volk die Kraft aufbringen, in diesem (Überlebens-)Kampf zu bestehen.

Nun zur anderen, der lichtereren Seite. Sie fällt momentan weniger auf, wohl auch, weil sie kein Mainstream ist.

Von der russischen (und mehr noch in der internationalen) Öffentlichkeit fast unbemerkt, wurde Mitte August nach fast fünf Jahren Diskussion die staatliche »Konzeption zur Verewigung des Gedenkens an die Opfer politischer Repression« verabschiedet (<<http://government.ru/docs/19296/>>).

Das Dokument geht auf eine Anregung von Menschenrechtler, Künstler, Musiker, Schauspieler und Historiker (unter ihnen übrigens der schon erwähnte oberste Archivar Sergej Mironenko) und anderen öffentlich bekannten Personen aus dem Umfeld des präsidialen Menschenrechtsrats im Jahr 2010 zurück. In einem offenen Brief an den damaligen Präsidenten Dmitrij Medwedew hatten sie um Unterstützung für die Errichtung eines zentralen Erinnerungskomplexes an die Opfer staatlicher sowjetischer Repression in Moskau gebeten. Ergebnis war, staatlich korrekt, eine Kommission, die seither an der »Konzeption« gearbeitet hat. Die Entwicklungen der vergangenen Jahre, insbesondere seit dem Protestwinter 2011/2012 und des darauf folgenden national-konservativen Kurses unter dem neuen alten Präsidenten Putin hatten allerdings wenig Hoffnung gelassen, dass aus der Arbeit noch etwas Vernünftiges herauskommen werde. Und wenn doch, dann wohl eher nicht im Vernunftverständnis der Initiatoren. Es kam anders.

In der regierungsoffiziellen »Konzeption« heißt es nun: »Russland kann nicht in vollem Umfang Rechtsstaat werden und eine führende Rolle in der Weltgemeinschaft spielen, ohne das Andenken an die Millionen seiner Bürger zu verewigen, die Opfer politischer Verfolgung geworden sind.« Und weiter: Es sei »unzulässig, zu versuchen, die Repressionen mit den Notwendigkeiten der Zeit zu rechtfertigen oder sie überhaupt als Tatsache unserer Geschichte zu leugnen«. Zudem fordert die »Konzeption« freien Zugang zu den staatlichen Archiven, um die staatliche Verfolgung umfassend zu erforschen. Dabei beschränkt sie sich nicht, wie vielleicht zu erwarten gewesen wäre, auf die Stalinzeit, sondern bezieht sich ausdrücklich auf die gesamten über 70 Jahre sowjetischer Herrschaft.

Am 26. August durfte dann einer der Initiatoren, der Außenpolitikexperte Sergej Karaganow, in der Rosijskaja Gaseta (ja, der gleichen Regierungszeitung in der Kulturminister Medinskij eine »positive Geschichte gefordert hat, und ja, genau der Karaganow, der Putins Wende nach Osten unterstützt) die »Konzeption« vorstellen (<<http://www.rg.ru/2015/08/27/pamyat.html>>). Unter der Überschrift »Verabschieden wir uns vom Bürgerkrieg« lobte Karaganow nun den Beitrag von Memorial zur »Konzeption« und die Arbeit von Memorial insgesamt (dem gleichen Memorial, aus dessen Netzwerk mehrere Organisationen vom Justizministerium erst

kürzlich zu »ausländischen Agenten« erklärt worden sind, und dem unlängst die Kontrolle über das selbst aufgebaute, einzige Gulag-Museum »Perm-36« in einer Schmierkomödie durch den Staat entwunden wurde). Er fand zudem zustimmende Worte zur vom Journalisten Sergej Parchomenko initiierten (und selbstverständlich von Memorial unterstützten) Kampagne »Die letzte Adresse«, bei der, nach dem Beispiel der deutschen »Stolpersteine«, kleine Kupferplatten mit den Namen von Erschossenen und Ermordeten an den Häusern angebracht werden, aus denen sie vom Geheimdienst verhaftet worden waren.

Auch Arsenij Roginskij, Vorstandsvorsitzender von Memorial, lobte die »Konzeption« in der »Nowaja Gaseta« (<http://www.nowayagazeta.ru/society/69685.html>). Sie sei, nach dem Rehabilitierungsgesetz von 1991 (an dem Roginskij seinerzeit mitgeschrieben hat) »das beste offizielle Dokument zum sowjetischen politischen Terror«. Erstmals äußere sich der russische Staat (»wenn man dem Dokument glauben darf«) eindeutig und unmissverständlich ablehnend dazu. Zwar gehe von der »Konzeption« keine unmittelbare Handlungsanweisung an staatliche Stellen aus, aber alle, die sich wirklich um eine Aufarbeitung der totalitären russischen Repres-

sionsgeschichte bemühten, hätten nun etwas Offizielles an der Hand, auf das sie sich beziehen könnten, dem Staat gegenüber, in Archiven und Bibliotheken, als Lehrer in Schulen und Dozent in den Universitäten oder auch einfach nur als irgendjemand in der Öffentlichkeit.

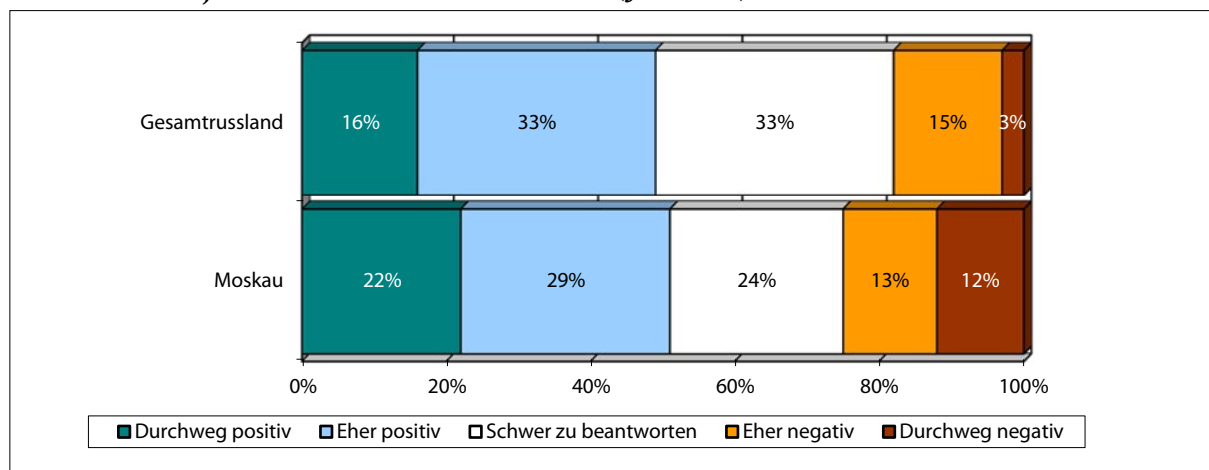
Um nicht falsch verstanden zu werden: Putin hört damit nicht auf, den Hitler-Stalin-Pakt zu rechtfertigen. Die Krimtataren bleiben Opfer nicht nur von Stalins Vertreibung, sondern leiden weiter unter einer schleichenden zweiten Vertreibung seit der Annexion der Krim. Kulturminister Medinskij wird weiter Filme verbieten, weil sie seinen verqueren Ansichten widersprechen und angeblich »die Geschichte verfälschen«. Vielleicht kehrt Dsershinskij bald doch noch auf den Lubjanka-Platz zurück. Und auch neue Stalindenkmäler sind nicht ausgeschlossen. Das liegt wohl vorerst, wie man so schön sagt, im Trend der Zeit. Aber es macht das Leben doch zumindest ein klein wenig erträglicher, wenn solch ein Trend wenigstens einen kurzen Augenblick nicht unumkehrbar scheint.

Diesen und andere Texte finden Sie auf Jens Siegerts Russlandblog <http://russland.boellblog.org/>.

UMFRAGE

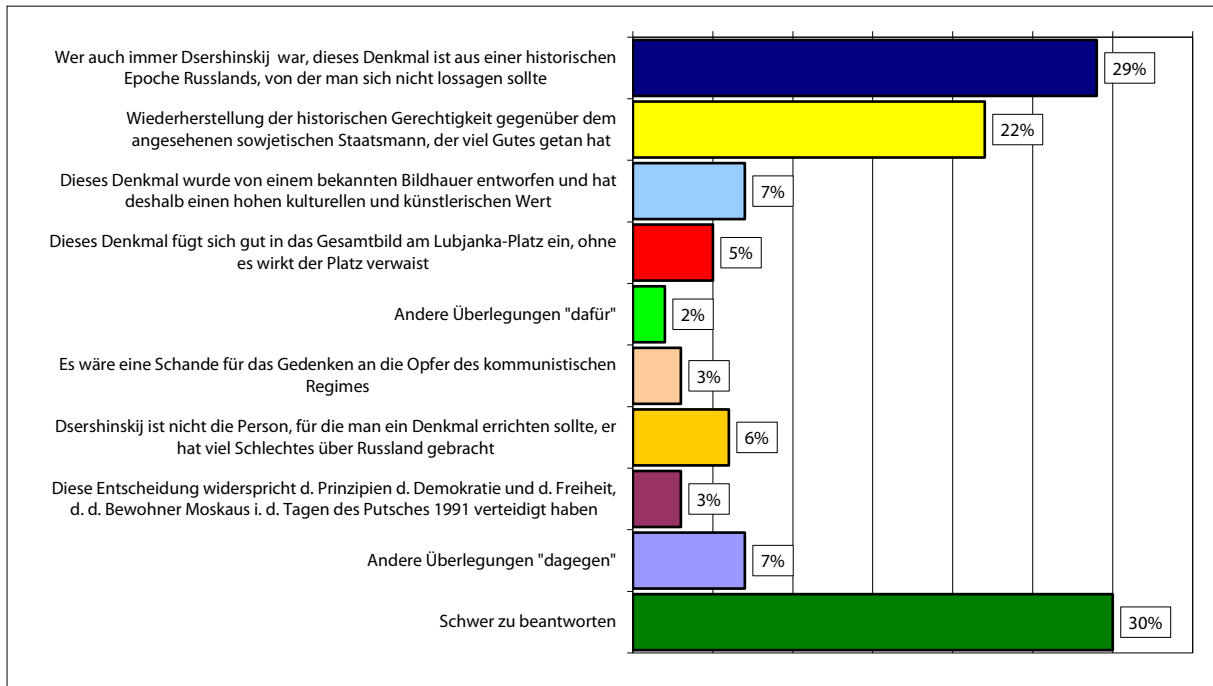
Geschichtspolitik – Denkmäler für Dsershinskij und Fürst Wladimir

Grafik 8: Wie verhalten Sie sich zu dem Plan ein Denkmal von Felix Dsershinskij auf dem Lubjanka-Platz wieder zu errichten? (Juli 2015)



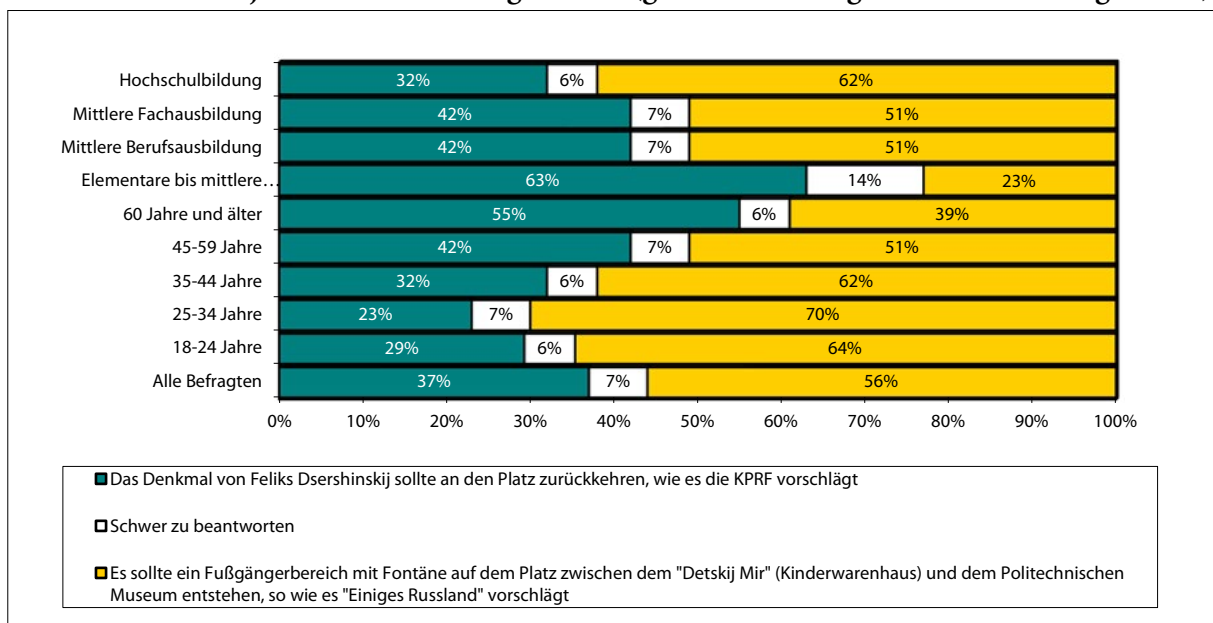
Quelle: Umfrage des Lewada-Zentrums in Moskau vom 30. Juni–6. Juli 2015, N = 875 und in Gesamtrussland vom 19.–22. Juli 2015, N = 800 <http://www.levada.ru/print/24-07-2015/pamyatnik-dzerzhinskomu-i-knyazyu-vladimiru>, 27. Juli 2015

Grafik 9: Erklären Sie bitte Ihre Reaktion zu der Wiederaufstellung eines Denkmals für Felix Dsershinskij auf dem Lubjanka-Platz (offene Antwortmöglichkeit für alle Befragten).



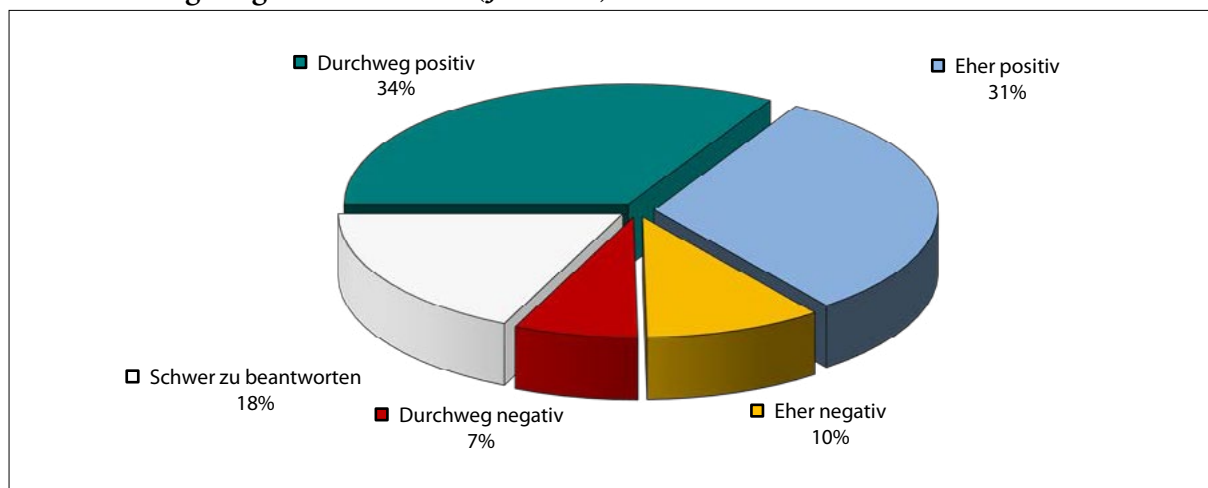
Quelle: Umfrage des Lewada-Zentrums in Moskau vom 30. Juni–6. Juli 2015, N = 875 und in Gesamtrussland vom 19.–22. Juli 2015, N = 800 <<http://www.levada.ru/print/24-07-2015/pamyatnik-dzerzhinskomu-i-knyazyu-vladimiru>>, 27. Juli 2015

Grafik 10: Auf dem Lubjanka-Platz in Moskau stand während der sowjetischen Jahre ein Denkmal von Felix Dsershinskij, heute ist dort ein leerer Fleck. Wie sollte man, Ihres Erachtens, den Lubjanka-Platz zukünftig nutzen? (geschlossene Frage, eine Antwortmöglichkeit)



Quelle: Umfrage des Meinungsforschungsinstitut WZIAM in Moskau vom 23.–26. Juli 2015, N = 1200 <<http://wciom.ru/index.php?id=236&cuid=115333>>, 30. Juli 2015

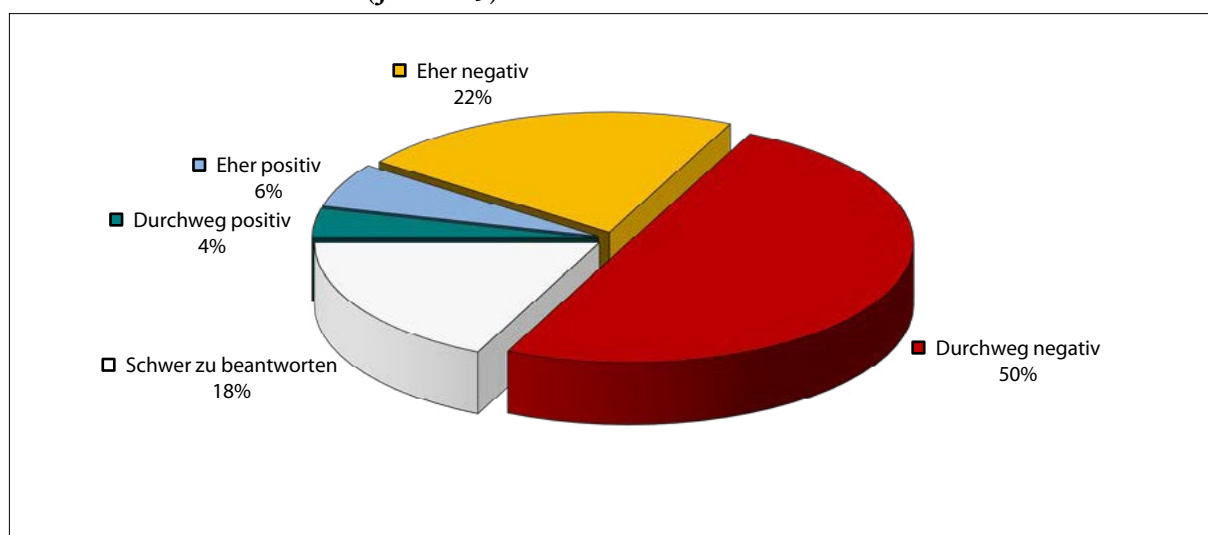
Grafik 11: Wie verhalten Sie sich zu dem Plan, ein Denkmal von Fürst Wladimir auf den Sperlingsbergen aufzustellen? (Juli 2015)



Wladimir I. Swjatoslawitsch («der Heilige») war Fürst von Kiew und der ganzen Rus. Er ließ sich 988 taufen. Unter seiner Herrschaft nahm die Bevölkerung der Rus das orthodoxe Christentum an. Ein bekanntes Wladimir-Denkmal befindet sich am Dnjepr-Ufer in Kiew.

Quelle: Umfrage des Lewada-Zentrums in Moskau vom 30. Juni–6. Juli 2015, N = 875 und in Gesamtrussland vom 19.–22. Juli 2015, N = 800 <<http://www.levada.ru/print/24-07-2015/pamyatnik-dzerzhinskomu-i-knyazyu-vladimiru>>, 27. Juli 2015

Grafik 12: Wie verhalten Sie sich zu dem Plan, die Große Moskwa-Brücke in Nemzow-Brücke umzubenennen? (Juli 2015)



Quelle: Umfrage des Lewada-Zentrums in Moskau vom 30. Juni–6. Juli 2015, N = 875 und in Gesamtrussland vom 19.–22. Juli 2015, N = 800 <<http://www.levada.ru/print/24-07-2015/pamyatnik-dzerzhinskomu-i-knyazyu-vladimiru>>, 27. Juli 2015

11. – 24. September 2015

11.09.2015	Nach Angaben des russischen Energieministers Aleksandr Nowak wird Russland der Ukraine im Winter doch einen ermäßigten Gaspreis anbieten. Russland hatte sich mit der EU über die Bedingungen für Gaslieferungen in die Ukraine geeinigt. Die EU stellt der Ukraine Finanzmittel zur Bezahlung des Gases zur Verfügung.
12.09.2015	Nach Angaben des Nachrichtenmagazins »Der Spiegel« beantragen mehrere ehemalige Jukos-Aktionäre beim Berliner Kammergericht die Beschlagnahmung russischer Vermögenswerte oder Einnahmen russischer Energieunternehmen (bspw. von Gazprom) in Höhe von 42 Milliarden US-Dollar in Deutschland. Diese Summe entspräche den Forderungen der Ex-Aktionäre mit denen sie das Urteil eines Schiedsgerichts in Den Haag vollstreckt sehen wollen. Die Richter dort hatten den russischen Staat im vergangenen Jahr zu einer Entschädigung von insgesamt 50 Milliarden US-Dollar verurteilt.
12.09.2015	Der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier warnt Russland davor, in Syrien eigenmächtig vorzugehen. Eine Lösung könne es nur durch gemeinsames Handeln geben. Russland hatte sich mit dem syrischen Präsident Baschar al-Assad auf weitere Waffenlieferungen und militärische Unterstützung der syrischen Armee geeinigt.
12.09.2015	In Berlin findet ein Treffen im Normandie-Format statt, zu dem die Außenminister Russlands, Frankreichs und der Ukraine anreisen. Neben Verhandlungen über Lösungen für die Krise in der Ostukraine und einen Waffenstillstand im Donbass, nutzen die Minister die Gelegenheit, auch die Situation im Nahen Osten zu erörtern, insbesondere die Lage in Syrien.
12.09.2015	Der russische Präsident Wladimir Putin stimmt der Verleihung der russischen Staatsangehörigkeit an den US-Boxer Roy Jones zu. Am 19. August hatte sich Putin mit Jones in Sewastopol auf der Krim getroffen, wonach der Boxer einen Antrag auf Erhalt der russischen Staatsbürgerschaft gestellt hat.
12.09.2015	Medienangaben zufolge bringen russische Militärflugzeuge 80 Tonnen humanitäre Hilfslieferungen nach Syrien. Die Transportflugzeuge landen auf dem Flugplatz in Latakia. Die Lieferung enthält unter anderem ein Zeltlager für ca. 1000 Binnenflüchtlinge.
13.09.2015	In 83 von 85 russischen Föderationssubjekten finden Regional- und Kommunalwahlen statt. Die zentrale russische Wahlkommission teilt mit, dass auf unterschiedlichen Ebenen insgesamt 10.700 Wahlen sowie 70 Referenden stattfinden. In 21 Regionen werden die Gouverneure bzw. Oberhäupter gewählt, in elf Regionen die Regionalparlamente. Die regierungsnahen Parteien »Einiges Russland« setzt sich überall mit deutlichen Mehrheiten durch. Bei der Wahlbeobachtungsorganisation »Golos« gehen über 1.500 Meldungen über Verstöße bei der Vorbereitung und Durchführung der Wahlen ein. Die Oppositionspartei »PARNAS«, die sich nur im Gebiet Kostroma registrieren lassen konnte, scheidet dort an der 5%-Klausel.
14.–21.09.2015	In Russland beginnt eine der größten Militärübungen des Jahres unter dem Namen »Zentrum 2015«. Es soll die Kampfbereitschaft der russischen Landstreitkräfte im Verbund mit anderen Streitkräften der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) getestet werden. An der Übung nehmen 95.000 Soldaten, 7.000 Stück Waffen und Kriegsgüter, 170 Flugzeuge, 20 Schiffe, 470 gepanzerte Fahrzeuge sowie 20 Artilleriesysteme und Mehrfachraketenwerfer teil.
14.09.2015	Fünf Parteien aus der außerparlamentarischen Opposition schließen sich in Moskau zu einer gemeinsamen Diskussions-Plattform mit Namen »Komitee politischer Parteien« (KPP) zusammen. Die Parteien »Demokratisches Russland des Rechtes«, »Partei der Wiedergeburt Russlands«, »Russische Vereinigte Arbeitsfront«, »Junges Russland« sowie »Bürgerkraft« wollen so ihre Kräfte konsolidieren und gemeinsame Initiativen im Vorfeld der Duma-Wahlen 2016 planen.
15.09.2015	Die EU verlängert die aufgrund der Russland-Ukraine-Krise erlassenen Sanktionen. Die Sanktionsliste mit Einreiseverboten für russische und ostukrainische Amtsträger und Geschäftsleute (natürliche und juristische Personen) bleibt nun für ein weiteres halbes Jahr bis zum 15. März 2016 in Kraft. Es stehen 151 Personen auf der Liste.
15.09.2015	In Duschanbe findet der Gipfel der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) statt. Hauptthema des Gipfels ist die Reaktion auf die aktuellen militärisch-politischen Herausforderungen, insbesondere terroristische Bedrohungen, die die Grenzregionen der OVKS destabilisieren. Präsident Wladimir Putin führt am Rande des Gipfels mit einer Reihe von Staatschefs Unterredungen. Darüber hinaus fordert Putin im Rahmen des Gipfels die euroatlantischen Staaten auf, gemeinsam rechtliche Sicherheitsgarantien zu erarbeiten und Gespräche über die Gründung eines übergreifenden »Systems gleicher und unteilbarer Sicherheit« wieder aufzunehmen.

15.09.2015	Nach Angaben der russischen Generalstaatsanwaltschaft ist die Zahl der registrierten Straftaten in Russland seit Anfang des Jahres um 6,7 Prozent gestiegen.
15.09.2015	In der russischen Kleinstadt Donezk (Gebiet Rostow) beginnt der Prozess gegen die ukrainische Pilotin Nadeshda Sawtschenko. Nach Angaben ihres Anwalts, Mark Fejgin, beantragt die Staatsanwaltschaft, die Untersuchungshaft um weitere sechs Monate zu verlängern.
15.09.2015	Das russische Justizministerium streicht die Bildungstiftung »Liberale Mission« aus dem Register der »ausländischen Agenten«, da die Agententätigkeit, definiert als politische Tätigkeit unter gleichzeitiger ausländischer Finanzierung, mittlerweile eingestellt sei.
15.09.2015	Der ehemalige Chef der russischen staatlichen Eisenbahn, Wladimir Jakunin, teilt mit, dass er nun doch keinen Sitz im Föderationsrat anstrebe. Er lehnt das Angebot des Kaliningrader Gouverneurs Nikolaj Zukanov ab, die Region künftig in Moskau zu vertreten. Stattdessen plant Jakunin sich verstärkt im akademischen und öffentlichen Bereich zu engagieren.
16.09.2015	Die Moskauer Wahlkommission kündigt an, Spezialkurse für Mitglieder regionaler und lokaler Wahlkommissionen zu organisieren. Thema der Schulung soll der Umgang mit und Gegenmaßnahmen zu den Aktivitäten der Wahlbeobachtungsorganisation »Golos« sein. Grundlage sind die Erfahrungen mit »Golos« während der Wahlen 2014–2015.
16.09.2015	Präsident Wladimir Putin führt ein Telefongespräch mit dem saudischen König Salman ibn Abd al-Aziz. Themen sind die Entwicklung der russisch-saudischen Zusammenarbeit und die Regulierung des israelisch-palästinensischen Konflikts. Putin bekundet sein Beileid zum tragischen Unfall in Mekka, bei dem über Hundert Pilger ums Leben gekommen waren.
16.09.2015	Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) fordert die russische Regierung dazu auf, drei Verurteilten im Bolotnaja-Verfahren Entschädigungen zwischen 2.000 und 3.000 Euro zu zahlen. Während ihrer Gerichtsprozesse und der darauffolgenden Untersuchungshaft habe die russische Seite massiv die Menschenrechte der Kläger verletzt. Alle drei befinden sich wieder in Freiheit. Lenoid Kowjasin wurde im Dezember 2013 amnestiert, Ilja Guschtschin saß 2 ½ Jahre in Haft und wurde im Mai 2015 freigelassen, Artjom Sawjelow kam bereits im Dezember 2014 aus der Lagerhaft frei.
17.09.2015	Nachdem die ukrainische Regierung eine Sanktionsliste erstellt hat, auf der zahlreiche russische Politiker stehen, wird der ukrainische Botschafter in Moskau ins russische Außenministerium einbestellt. Auf der Liste befinden sich 400 natürliche und 90 juristische Personen, die für ein Jahr lang mit ukrainischen Sanktionen belegt sind.
17.09.2015	Der Chefredakteur der Online-Ausgabe der Zeitung »Kommersant«, Andrej Konjachin, wird mit sofortiger Wirkung beurlaubt. Vermutet wird, dass diese Maßnahme in Zusammenhang mit der Veröffentlichung eines Radio-Interviews mit dem Oppositionspolitiker Aleksej Nawalnyj steht.
17.09.2015	Präsident Wladimir Putin trifft sich mit den Gouverneuren der 22 Föderationssubjekte, die am 13. September gewählt worden waren. Erörtert wird die Bilanz der Wahlen und Pläne für die zukünftige Arbeit und Entwicklung der russischen Regionen.
18.09.2015	Medienberichten zufolge verweigern mehrere Berufssoldaten in der Stadt Noworossijsk den Befehl, nach Syrien zu gehen.
18.09.2015	Im Rahmen einer feierlichen Zeremonie leistet der wiedergewählte Präsident der Republik Tatarstan seinen Eid ab. Dem Ereignis wohnen zahlreiche Vertreter der Regionen Russlands, der föderalen Regierung in Moskau sowie der Bevollmächtigte des Präsidenten im Föderationskreis Wolga, Michail Babitsch, bei. Der Präsident Tatarstans ist das einzige verbliebene Oberhaupt eines Föderationssubjekts, das sich »Präsident« nennen darf.
18.09.2015	Nach Angaben des stellvertretenden Ministerpräsidenten Arkadij Dworkovitsch werden in der Russischen Föderation bei der Herstellung von Produkten keine gentechnisch modifizierten Organismen (GVO) eingesetzt. Im April 2015 hatte die Staatsduma ein Gesetz verabschiedet, das den Anbau und die Züchtung von GMO-Pflanzen in Russland verbietet.
18.09.2015	In Sotschi findet das 2. Forum der russischen und belorussischen Regionen statt. In diesem Zusammenhang trifft Präsident Putin mit seinem belorussischen Amtskollegen Aleksandr Lukaschenka zusammen.
18.09.2015	Der russische Verteidigungsminister Sergej Schojgu führt ein Telefongespräch mit seinem US-Amtskollegen Ashton Carter. Das etwa 50 Minuten lange Gespräch erfolgt auf amerikanische Initiative und hat die Situation in Syrien zum Thema. Beide Seiten bewerten den Austausch als konstruktiv und kündigen an, in Kontakt zu bleiben, um weiter nach Lösungswegen in der Syrien-Frage zu suchen.

19.09.2015	Präsident Wladimir Putin weist das Verteidigungsministerium an, mit belorussischen Amtskollegen Gespräche über die Einrichtung eines russischen Luftstützpunktes auf dem Territorium der Republik Belarus zu führen.
19.09.2015	Wladimir Putin, Präsident und Oberbefehlshaber der russischen Streitkräfte, wohnt zusammen mit Verteidigungsminister Sergej Schojgu der Militärübung »Zentrum 2015« auf einem Truppenübungsplatz im Gebiet Orenburg bei. Es wird die Bekämpfung bewaffneter terroristischer Gruppen geübt. Die Militärübung »Zentrum 2015« dauert eine Woche und wird von 40 ausländischen Militärattachés beobachtet. Im Anschluss findet eine Sitzung der Militärisch-Industriellen Kommission statt, bei der es vor allem um Importsubstitutionen im Rüstungsbereich geht.
19.09.2015	Wegen Verdachts auf Bildung eines kriminellen Netzwerks und der Aneignung von Staatsvermögen werden der Republikchef von Komi, Wjatscheslaw Gajser, sein Stellvertreter und ein Unternehmer vorläufig festgenommen.
19.09.2015	Nach syrischen Angaben ist ein Flughafen in der Nähe der Hafenstadt Latakia, der von den russischen Streitkräften genutzt wird, angegriffen worden. Vertreter der US-Regierung werfen Russland vor, ohne Abstimmung mit dem Westen eine Infrastruktur in Syrien aufzubauen.
20.09.2015	An der von der Opposition angemeldeten Demonstration »Für einen Machtwechsel« im Moskauer Stadtteil Marjino nehmen ca. 7.000 Menschen teil. Die Veranstalter, unter ihnen der Vertreter der »Demokratischen Koalition« Aleksej Nawalnyj, hatten mit 40.000 Teilnehmern gerechnet. Die Veranstaltung verläuft ohne Zwischenfälle.
21.–25.09.2015	Kanadische und spanische Waffeninspektoren führen über russischem Territorium einen Beobachtungsflug im Rahmen des internationalen Vertrags über den Offenen Himmel durch. Sie werden von russischen Experten begleitet.
21.09.2015	Einer Studie der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft »Deloitte« zufolge ist der Anteil von Frauen in den Vorständen und Verwaltungsräten russischer Unternehmen in den vergangenen Jahren zwar gestiegen, liegt jedoch noch immer bei 5,7% (im Vergleich liegt Norwegen mit einem Anteil 36,7% an der Spitze). In Russland gibt es zudem unter den 35 Unternehmen, die für die Studie befragt wurden, keine einzige weibliche Vorstandsvorsitzende.
21.09.2015	Die russische Aufsichtsbehörde »Roskomnadsor« blockiert auf der Sozialen Plattform »VKontakte« fünf LGBT-Gruppen. Begründet wird dies damit, dass es sich um »Propaganda nichttraditioneller sexueller Beziehungen« unter Jugendlichen handele.
21.09.2015	Präsident Wladimir Putin empfängt den israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu in Moskau. Es wird über Fragen der Stabilität im Nahen Osten gesprochen. Putin versichert, dass Russland Israels Sorgen ernst nehme und im Nahen Osten verantwortlich agiere. Die Staatschefs einigen sich darauf, hinsichtlich des Syrien-Konflikts in Kontakt zu bleiben.
22.09.2015	Eine Sprecherin des russischen Außenministeriums äußert Besorgnis über amerikanische Pläne Atomwaffen am deutschen Standort Büchel zu modernisieren. Das ZDF hatte berichtet, dass am Standort Büchel 20 neue amerikanische Atomwaffen des Typs B61 stationiert werden sollen.
22.09.2015	Krimtataren blockieren den Landweg auf die Halbinsel Krim. Sie errichten bei drei ukrainischen Ortschaften Straßensperren und verwehren damit Hunderten von LKWs die Durchfahrt. Ukrainische Sicherheitskräfte lassen sie gewähren. Die Krimtataren fordern ein Ende ihrer Unterdrückung sowie die Freilassung ukrainischer Staatsbürger, die in Russland festgehalten werden.
22.09.2015	Der erste Verhandlungstag im Fall der ukrainischen Pilotin Nadeschda Sawtschenko beginnt in der russischen Kleinstadt Donezk (Gebiet Rostow). Sawtschenko erklärt sich für unschuldig und macht geltend, dass sie entführt und nach Russland verschleppt wurde. Das lokale Gericht erteilt der Forderung der Anwälte, den Fall an die Staatsanwaltschaft zurückzuleiten, eine Absage und beginnt die Zeugenbefragung.
22.09.2015	Der Journalist, Oleg Kaschin, der vor fünf Jahren zusammengeschlagen und schwer verletzt worden war, äußert mehrfach öffentlich, dass die drei Angreifer, Wachleute bei einem Rüstungsunternehmen, die sich in Untersuchungshaft befinden, vom Gouverneur des Gebiets Pskow, Andrej Turtschak, beauftragt wurden. Der Sender »Doshd« hatte in der vergangenen Woche belastende Tonbandaufnahmen veröffentlicht. Die Gebietsverwaltung streitet jegliche Verwicklung Turtschaks in den Fall ab.
22.09.2015	Präsident Wladimir Putin empfängt den palästinensischen Präsidenten Mahmud Abbas in Moskau. Die beiden Präsidenten erörtern die Krise im Nahen Osten.
23.09.2015	Nachdem die Organisation »Ökologische Wache Sachalin« in das Register der »ausländischen Agenten« eingetragen worden ist, entscheiden Verantwortliche der Organisation eine Spende der Stiftung des amerikanischen Schauspielers Leonardo Di Caprio in Höhe von 159.000 Dollar wieder zurückzugeben.

23.09.2015	In Moskau wird im Vorfeld des Islamischen Opferfestes nach 10 Jahren Restaurierung die Zentralmoschee wiedereröffnet. Die Moschee wurde bedeutend vergrößert, so dass im Hauptschiff gleichzeitig 10.000 Gläubige Platz finden. Somit ist die Zentralmoschee in Moskau nun die größte Moschee Europas. Zahlreiche Staats- und Regierungschefs nehmen an der Eröffnung teil, darunter die Präsidenten der Türkei Recep Tayyip Erdoğan und Palästinas Mahmud Abbas, sowie der kasachische Präsident Nursultan Nasarbajew.
23.09.2015	Das russische Justizministerium registriert die »Partija professionalow« (dt.: »Partei der Fachleute«). Die Partei war von den ehemaligen Abgeordneten von »Gerechtes Russland« Oksana Dmitrijewa und Iwan Gratschow gegründet worden.
23.09.2015	Das Strafermittlungskomitee lässt die sterblichen Überreste des letzten Zaren Nikolaj II. und seiner Familie exhumieren und entnimmt Knochenproben. Die abermalige Überprüfung der Identität erfolgt auf Drängen der orthodoxen Kirche, die bei der Überführung der Überreste von Smolensk nach St. Petersburg im Jahre 1994 Zweifel an der Identität der Zarenfamilie geäußert hatten. Parallel leitet das Strafermittlungskomitee ein Verfahren wegen Mordes an Zar Nikolaj II., seiner Familien und seiner Begleitung ein.
24.09.2015	Die russische Nachrichtenagentur TASS meldet, dass Matthias Warnig zum Leiter von »New European Pipeline« ernannt wurde. Das Unternehmen ist mit dem Bau der Pipeline North Stream-2 betraut.
24.9.2015	Das Staatliche Museum zur Geschichte des GULAG teilt auf seiner Website mit, dass das Projekt »Mauer der Schande« die staatliche Ausschreibung für ein Denkmal zur Verewigung des Gedenkens an die Opfer der politischen Repression gewonnen hat. Die Skulptur wurde von Georgij Franguljan geschaffen und soll am Gartenring in Moskau aufgestellt werden.

Sie können die gesamte Chronik seit 1964 auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Die Russland-Analysen werden von Mangold Consulting GmbH unterstützt.

MANGOLD
C o n s u l t i n g

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Hans-Henning Schröder (verantwortlich), Nadja Douglas

Sprachredaktion: Hartmut Schröder

Satz: Matthias Neumann

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

Die Russland-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1613-3390 © 2015 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

dekoder: Neues unabhängiges Medien- und Kompetenzportal zum Thema Russland



Die aktuellen Debatten in den Medien demonstrieren einmal mehr, wie problematisch es ist, ein adäquates und ausreichend differenziertes Russlandbild zu zeichnen. Das Portal <www.dekoder.org> will hier für mehr Orientierung sorgen. Dekoder publiziert Materialien der unabhängigen (nicht staatlich kontrollierten), liberalen und demokratisch orientierten russischen Medien wie Novaya Gazeta, Kommersant, Colta oder Slon in hochwertigen deutschen Übersetzungen.

Da diese Originalinhalte für das nicht-russische Publikum inhaltlich oft nicht unmittelbar aufzuschlüsseln sind, gibt dekoder dem Leser zusätzlich einen virtuellen Russland-Experten an die Hand: Ein Netzwerk aus Vertretern der europäischen Wissenschaftscommunity erstellt Hintergrundartikel, die russische Realia, Ereignisse, Personen etc. dem Leser erklären und zugänglich machen. So soll die in den Forschungsinstituten bestehende Expertise für den öffentlichen Diskurs besser nutzbar gemacht werden.

Das Projekt will einen Beitrag zur Entzerrung der Russland-Wahrnehmung leisten und den Kraftschluss zwischen dem akademischen Diskurs und der Öffentlichkeit verbessern. Es soll mithelfen, die Russland-Debatte zu entpolemisieren und wieder in einen konstruktiven, sachlichen Modus zurückzuführen. Die Zielgruppe von dekoder umfasst zum einen generell russlandinteressierte Leser, zum anderen Spezialisten aus Wirtschaft, Politik oder Journalismus, die selbst kein Russisch sprechen oder lesen. Das Angebot soll ihnen eine Möglichkeit geben, unmittelbar in den russischen Diskurs hineinzulauschen.

Das Portal wird betrieben von einem Team von fünf Osteuropa-Spezialisten verschiedener Fachrichtungen – von Politologie über Philosophie, Slawistik und Übersetzung bis hin zum Journalismus. Dekoder.org wird von einer gGmbH getragen und ist als gemeinnützige Organisation anerkannt. Das spendenbasierte Projekt wurde mit einer Anschubfinanzierung aus dem privaten Umfeld des Herausgebers gestartet und soll sich zukünftig durch Spenden und Fördergelder großer deutscher Kulturstiftungen sowie durch Leserspenden finanzieren. Dekoder kann kontaktiert werden über mail@dekoder.org.

Eduard Klein, Berlin



Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftlern mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: http://www.css.ethz.ch/publications/newsletter_CAD_EN

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: http://www.css.ethz.ch/publications/newsletter_RAD_EN

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/belarus.php>, <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/russia.php>, <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/ukraine.php>, http://www.laender-analysen.de/bibliographies/caucasus_ca.php